

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 231 SONNTAG, 14. Nov. 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Das braune Netz in Dänemark
Die Tragödie Danzig
England setzt auf Franco
Zum Berner Prozeß

Die Affen des Bolschewismus

Was wollen sie mit ihrer Antikomintern?

Hitler, Führer und Held der lichtblonden Germanen, verbündet sich mit den Italienern und — »Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!« — den gelben Japanern. Gegen wen?

Gegen den Bolschewismus!

Wer sagt da nicht Bravo! In der ganzen Welt gibt es keine Regierung, die bolschewistisch ist, außer der russischen (und selbst bei der ist es nicht ganz sicher, ob sie es noch ist). Zwischen ihr und der Komintern weiß man wohlweislich zu unterscheiden. Mit völkerrechtlicher Korrektheit hat Graf Ciano dem protestierenden Sowjetbotschafter versichert, daß sich die Spitze des neuen Dreiecks nicht gegen die Moskauer Regierung richte.

Gegen wen sonst? Nun, gegen eine Weltanschauung, eine Gesinnung, eben die bolschewistische!

Es entsteht die Frage: Was ist Bolschewismus? Zu welchem Zweck bekämpft man ihn?

Auch wir, die von dem antibolschewistischen Dreieck um Siriusweite entfernt sind, sind Gegner des Bolschewismus. Warum sind wir es? Und warum sind es die anderen?

Wir sind Gegner des Bolschewismus, weil wir Fanatiker der Humanität sind. Wir sind Gegner des Bolschewismus, weil wir Gesinnungen mit Argumenten und nicht mit Exekutionspelotons bekämpfen wollen. Wir sind Gegner des Bolschewismus, weil wir für die Menschenrechte eintreten, für die Freiheit der Persönlichkeit, der Meinung, des Wahlrechts, der Wissenschaft, der Kunst, der Religionsausübung. Wir sind Gegner des Bolschewismus, weil wir Feinde jeder Diktatur und überzeugte Demokraten sind!

Wir sind das alles, fühlen wir uns zur Frage berechtigt, was denn die Herren von der Antikomintern, insonderheit die deutschen Nazi, dem Bolschewismus eigentlich vorzuwerfen haben?

Stalin ist ein Diktator, gewiß, aber ist Hitler nicht auch einer? Kein anständiger Mensch kann die Speichelleckereien der Moskauer Zeitungen lesen, ohne das Brechen zu bekommen — aber wirken die Berliner Gazetten nicht ebenso kräftig?

Stalin hat seine alten Kampfgenossen vor Gericht gestellt und erschießen lassen. Hitler hielt solche Zeremonien für überflüssig und etablierte sich selber als Gerichtsherr.

Stalin war zuerst, dann kam Hitler. Hitler hat von Stalin sehr viel gelernt. Beide verachten die Demokratie und bekämpfen sie, beide versichern zugleich, ihre Staaten seien die vollendetsten Demokratien der Welt.

Vom Bolschewismus lernte der Nazismus den Aufbau des Parteistaates, die Verwandlung einer freien Gesinnungsgemeinschaft, wie die Partei in der Demokratie sie darstellt, zu einem allbeherrschenden, jeden Widerstand zerbrechenden Instrument der Machtpolitik.

Vom Bolschewismus lernte der Nazismus die kunstreiche Verbindung von Terror und Propaganda, das Verbergen aller Mängel und Greuel hinter Fahnen, Fackeln, Uniformen und Masselärm. Den Fall des Henkerbeils, den Knall der Salven, den Schrei der Opfer

überbönen hier wie dort Marschmusik und Jubelgeschrei.

Vom Bolschewismus lernte der Nazismus noch unendlich viel andere Dinge. Gab es dort Fünfjahrespläne, so gibt es Vierjahrespläne hier. Organisierte man dort den Mangel in einem vom Krieg kahlgefressenen Lande, so schuf man hier den Mangel erst, um ihn dann organisieren zu können. Von den Sowjetrussen lernte Schacht, wie man Währungen manipuliert — nur mit dem Unterschied, daß hinter dem Rubel die ungeheuren nationalen Reichtümer eines riesigen Landes stehen, hinter der Mark aber nur die sich erschöpfende Arbeitskraft eines maßlos ausgebeuteten Volkes.

Der Bolschewismus rottete grausam die Bourgeoisie aus. Der Nazismus bemüht sich, ihn bei der Ausrottung der Juden an Grausamkeit zu übertreffen.

Der Bolschewismus hat mit harten Mitteln die Religionsgesellschaften bekämpft. Stellt aber nicht das Raffinement der antikatholischen Schauprozesse alles von ihm geleistet in den Schatten?

Aber das Eigentum! Das heilige Eigentum! Hat sich der Bolschewismus nicht schändlich an ihm vergriffen?

Nun, es wäre wirklich zum Lachen, wenn ausgerechnet die Nazi sich auf die Heiligkeit des Eigentums berufen wollten, sie, die die größten Diebe aller Zeiten sind. Der Bolschewismus hat Privateigentum in Staatseigentum verwandelt, aber es ist nicht bekannt geworden, daß führende Bolschewiken Staatseigentum willkürlich in ihr Privateigentum umgewandelt hätten in der Weise, wie das bei den Nazi gang und gäbe ist!

Was also, was um alles in der Welt haben die Nazi den Bolschewiken vorzuwerfen? Wo ist der Unterschied zwischen den beiden? Nun, der Unterschied zwischen den beiden ist der, daß sich in Rußland eine Revolution mit grauenhaften Begleiterscheinungen vollzieht, in Deutschland aber eine Gegenrevolution.

In Rußland hat eine Partei, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen war — unter grauenhaften Mißgriffen, die wir stets kritisiert, bekämpft und verurteilt haben — die Wirtschaft eines Weltreichs ohne Bourgeoisie und ohne Privatkapitalismus neu organisiert.

In Deutschland hat eine Partei, die von dem reaktionärsten Teil der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes ausgehalten war, die Gegner des Kapitalismus niedergeschlagen.

Das ist der Unterschied!

Was bedeutet also das antibolschewistische Kampfgeschrei des neuen Dreiecks?

Es bedeutet keine Abwendung von Despotismus, Terror und Bestialität, sondern er bedeutet das Gelöbnis, Despotismus, Terror und Bestialität wirken zu lassen für die Erhaltung der Kapitalsherrschaft.

Das nazistische Gangstertum empfiehlt sich mit seinen schwarzhaarigen und gelbhäutigen Hilfsvölkern den Kapitalisten aller Länder zur Niederknüpfung und Versklavung der eigenen Volksgenossen: Zertrümmerung der Gewerkschaften, Abbau der Sozialreform, der Sozialversicherung, Raub aller politischen Rechte, Vernichtung der Demokratie! Das ist der Sinn seines Kampfes »gegen den Bolschewismus«.

Gegen den Bolschewismus — ja wohl! Das Schlimmste, was wir dem Bolschewismus vorzuwerfen haben, ist, daß er diese Sorte von »Antibolschewismus« heraufbeschworen, ermöglicht, ja sogar gefördert hat.

Der Weg zur Befreiung der Welt vom bolschewistischen Irrtum geht über die Vernichtung des Nazismus und seiner Antikomintern.

England setzt auf Franco

Der neue Dreieck der Angreifer

Im raschen Tempo folgen die Ereignisse in der auswärtigen Politik aufeinander. Im englischen Unterhaus hat der Außenminister Eden eine Rede gehalten, die größere Klarheit über die englische Politik schafft. Diese Politik ist aber für Europa die schlechthin entscheidende, seitdem nach der Besetzung des Rheinlandes Frankreich gezwungen ist, sich England anzuschließen, um eine Isolierung zu vermeiden. Es war eine Rede — stark in der Form, aber schwach in der Sache. Mit großer Energie hat Eden unter dem einstimmigen Beifall des Unterhauses die Anmaßung Mussolinis zurückgewiesen, der sich zum rücksichtslosen Vertreter der deutschen Kolonialforderungen gemacht hat, und ihn daran erinnert, daß der Annexionist des deutschen Südtirol und der kroatischen Küstengebiete in Europa nicht das moralische Recht hat, England und Frankreich die Mandatsausübung über die ehemaligen deutschen Kolonien vorzuwerfen. Mit starkem Nachdruck hat er die Bereitwilligkeit Englands erklärt, mit den Vereinigten Staaten auf Grund der Rede Roosevelts zum Schutz des Friedens zusammenzuarbeiten. In dem wesentlichen Punkt aber, in dem Verhalten Englands im spanischen Konflikt, wurde der Ton und Inhalt anders. In fast freundlichen Worten suchte Eden dem General Franco klarzumachen, daß die Zurückziehung der »Freiwilligen« in seinem eigenen Interesse läge. Denn nach dieser Zurückziehung erhalte er die Rechte eines Kriegführenden, die ihm die Blockade der spanischen Küste und damit die Unterbindung der Zuführung von Lebensmitteln und Kriegsmaterial sichere. Dies sei für ihn noch wichtiger als die Hilfe, die ihm die »Freiwilligen« geleistet hätten. Ist schon diese Besorgnis um die richtige

Politik Francos verwunderlich, könnte man sie aber immerhin noch als den Versuch auslegen, für die Annahme des englischen Vorschlags den Boden vorzubereiten, so schaffen die folgenden Ausführungen restlose Klarheit. Sie sind wichtig genug, um sie etwas genauer wiederzugeben. Eden erklärt über die zukünftigen Beziehungen zwischen England und Spanien: »Es gibt Leute, die überzeugt sind, daß im Falle eines Sieges der aufständischen Streitkräfte Spanien in ein aktives Bündnis in einer gegen England gerichteten Politik verwickelt wird. Diese Ansicht teile ich nicht. Wir sind uns der Gefahren genau so bewußt wie die Opposition, aber es gibt starke Kräfte, die in einer andern Richtung wirken, Kräfte wirtschaftlicher und geographischer Art. England ist immer noch die stärkste Seemacht in Europa, und ich vertraue darauf, daß es das auch bleibt. Dieser Umstand ist nicht wirkungslos, wenn man weiß, daß wir in bezug auf die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit Spaniens keinerlei Hintergedanken hegen, weder direkt noch indirekt. Die Spanier wissen das sehr gut. Sie wissen auch, daß kein britisches Kriegsmaterial den Tod eines Spaniers herbeiführt, bei keiner der beiden Parteien. Ich bin überzeugt, daß diese Dinge in Zukunft ihre Bedeutung haben werden. Ich bin durchaus nicht einverstanden, wenn man behauptet, es sei unvermeidlich, daß nach einem Siege der spanischen Aufständischen eine englandfeindliche Regierung in Spanien kommen müsse. Wir wünschen durchaus in Freundschaft mit Spanien zu leben, ganz unabhängig vom Ausgang des gegenwärtigen Konfliktes. Ich bin überzeugt, daß Spanien unter diesen Umständen diesen Wunsch teilen wird.«

Man sieht, die englische konservative Regierung ist bereit, sich mit dem Sieg

Francos abzufinden. Sie will nur vorerst die Zurückziehung der italienischen und deutschen Truppen durchsetzen, damit der General Franco seine künftige Politik in größter Unabhängigkeit wählen kann.

Der Rede Edens ist ein bedeutsamer Schritt unmittelbar auf dem Fuße gefolgt. Die englische Regierung hat sich mit Franco über die gegenseitige Entsendung von Vertretern verständigt. Zwar versichert die englische Regierung, es handle sich weder um eine Anerkennung de jure, noch um eine solche de facto, sondern nur um die Möglichkeit besserer Verhandlungsmöglichkeiten über wichtige wirtschaftliche Interessen. Aber das sind leere Worte. In Wirklichkeit ist kein Zweifel, daß diese Vertreter auch sehr wichtige diplomatische Beziehungen herstellen werden. Zugleich ist es klar, daß die englische Regierung diesen Weg nicht beschritten hätte, wenn sie nicht einen Sieg Francos für wahrscheinlich hielte.

Frankreich verfolgt diese Politik mit großer Sorge. In der Tat ist das französische Risiko noch unmittelbarer und größer als das englische. England hat keine Landgrenze, aber die französische Pyrenäengrenze muß geschützt werden, und das bedeutet eine Schwächung der Grenze gegen Deutschland. England hat bei einer Sperrung des Mittelmeers zunächst zur Not noch den Weg über den atlantischen Ozean; für Frankreich bedeutet die Sperrung die Abschneidung von seinen nordafrikanischen Kolonien und die Störung seiner Mobilisierung. Kein Wunder, daß man besorgt fragt, ob denn England Zusicherungen von Franco erhalten habe, was solche Versicherungen heutzutage wert seien, ja, ob Franco selbst, wenn er wollte, solche Versicherungen halten könnte, nachdem Ita-

Diskreditierte Demokratie

Ihre Selbstsicherheit: eine Gefahr! — Wann verhängt sie nötige politische Quarantäne?

liener und Deutsche sich schon so starke Stützpunkte geschaffen haben. Italien und Deutschland, schreibt der »Populäre« in zwei nicht gezeichneten Artikeln, die Léon Blum zugeschrieben werden, haben den Sieg Francos zu ihrer eigenen Sache gemacht und nichts versucht gelassen, um ihn zu sichern. »Wie kann man sich vorstellen, daß Hitler und Mussolini sich auf dieses mühselige, kostspielige vielleicht gefährliche Unternehmen eingelassen haben, ohne sich ausreichende Unterpfänder gesichert zu haben? Wie kann man daran zweifeln, daß sie von Franco Garantien gefordert und erhalten haben, die ebenso solid sind wie die Eden gegebenen Zusicherungen? Die These der englischen Regierung ist im Grunde genommen die, daß sich Italien und Deutschland exponiert haben, um für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das Sprichwort sagt: Was man hofft, das glaubt man. Wir sind nicht erstaunt, daß Eden hofft; aber wir staunen, daß er es glaubt!«

Jedoch die Gegenwirkungen, die von der französischen Politik ausgehen können, sind durch den Zwang, sich von England nicht trennen zu können, begrenzt, und sie werden sich wohl darauf beschränken müssen, durch eine Verständigung der Flotten einen Handstreich auf Minorca zu verhindern. Aber die Tatsache bleibt, daß England sich mit einem Sieg Francos abfindet. Den Grund hat schließlich Eden ebenfalls erkennen lassen, als er den Vertretern der Arbeiterpartei entgegenhielt, um einen Sieg Francos zu verhindern, würde die Öffnung der Grenzen nicht ausreichen; man müßte sich zu einer greifbaren Aktion entschließen, zu einer aktiven Intervention. Sei man dazu nicht entschlossen, so seien solche Drohungen zwecklos.

Aktive Intervention bedeutet aber Kriegsgefahr, und diese will die englische Regierung nicht auf sich nehmen — im Gegensatz zu den Diktatoren. Auf die Dauer hofft sie, den längeren Atem zu behalten, und sie verläßt sich auf Englands Seemacht und Finanzstärke. Für den Augenblick bedeutet diese Stellung Erleichterung des Spiels der Diktatoren, die wissen, daß sie rasch handeln müssen und nicht länger warten können.

In diesem Licht müssen auch die Vorgänge im Nichtinterventionsausschuß betrachtet werden. Die englische Regierung hat jetzt die Ermächtigung erhalten, mit den beiden Parteien Spaniens über die Zustimmung zur Zurückziehung der »Freiwilligen« zu unterhandeln. Man nimmt an, daß sie diese Zustimmung, wenn auch unter einigen Vorbehalten erhalten werde, worauf dann die Kommissionen nach Spanien entsandt werden können. Unterdessen wird sich der Unterausschuß mit der interessanten Frage weiterbeschäftigen, ob die Stimmenthaltung des Sowjetvertreters bei dem Entscheid über die Zubilligung der Rechte von Kriegführenden der Einstimmigkeit Abbruch tut und Franco deshalb, wie Herr Ribbentrop es gefordert hat, gar noch Anspruch auf »Kompensationen« hat!

Aber das alles ist Nebensache geworden. Ueber Spaniens Schicksal entscheiden nicht mehr Verhandlungen, sondern die Waffen. Und dasselbe gilt für den Krieg zwischen Japan und China. Die schlecht vorbereitete Konferenz in Brüssel scheint auszugehen wie das Hornberger Schießen. Englands Kraft ist durch die Vorgänge im Mittelmeer gebunden und die Vereinigten Staaten werden durch Englands Zögern gehemmt. Unterdessen ist Italien dem »Antikomintern«-Pakt Japans und Deutschlands beigetreten. Der neue Dreibund ist damit perfekt geworden: bedrohen Deutschland und Italien die Wurzel der englischen Macht im Zentrum, so bedroht Japan die Sicherheit des Empire von der Peripherie her. Zerfiel bei Ausbruch des Krieges der alte Dreibund und sicherte die italienische Haltung den Alliierten die Beherrschung der See, so ist der Sinn des neuen Dreibundes gerade die Bedrohung der englisch-französischen Seemacht. Es sind gigantische Vorbereitungen, die für die künftige Auseinandersetzung von der einen Seite getroffen werden — als einzige Gegenwirkung ist bis jetzt nur die englische Aufrüstung zu erkennen.

Richard Kern.

Die Terror-Steuer

Was der Arbeiter dem System allein durch den Lohnabzug zahlt.

In dem letzten Heft der »Sozialen Praxis« (Nr. 42) findet sich in Zusammenhang mit der kürzlich durch Göbbels selbst erfolgten

Unter den amerikanischen Geistlichen aller Bekenntnisse gibt es sonderbare Heilige, die zwischen der Welt der Transzendenz und der Jazzkapelle immer wieder etwas Neues finden, um luziferisch schmachtende Seelen auf den richtigen Missionsweg zu führen. Keiner hat amüsanter und bissiger darüber geschrieben als Upton Sinclair in »Petroleum«. Aber jetzt hat ein Pfarrer namens M. L. M. Birkhead alle seine Vorgänger und Zeitgenossen im Dienste an der Religion weit übertroffen. Er ließ durch Kanzeln und Presse verkünden, daß er sich an die deutsche Botschaft in Washington mit der Bitte um ein Visum ins Dritte Reich gewandt habe, wo er die Absicht habe, »mit deutschen Bürgern, die der freiheitlichen und demokratischen Lebensweise immer noch freundlich gegenüberstehen, Ortsgruppen der Freunde der Demokratie zu gründen«.

Der gute Reverend meint es bitter ernst. Jetzt beklagt er sich ebenso seriös, daß ihn die deutsche Botschaft — hier haben sich vermutlich ein paar Legationsräte vor Lachen gewälzt — nicht einmal einer Antwort gewürdigt habe.

Aber das ist keineswegs die Pointe der Geschichte. Die Naivität des Amerikaners fordert Gedanken heraus, die mit seiner Person nichts mehr zu tun haben. Wer als Emigrant im Auslande unter dem Schutz demokratischer Institutionen lebt, begegnet nach fast fünf Hitlerjahren selbst bei sonst klugen und belesenen Leuten immer wieder den seltsamsten Vorstellungen über die braune Diktatur. Immer wieder sieht man sich genötigt, umständlich zu erklären, wie blutig die Maßregeln sind, mit denen das Regime jede andere Gesinnung unterdrückt; daß die Presse vollkommen uniform vom Propagandaministerium gelenkt wird; daß ein Wille und ein Befehl durch Waffengewalt nach außen hin die geistig kulturelle Mannigfaltigkeit eines großen Volkes ausgelöscht hat. Man findet unter überzeugten Demokraten, regelmäßigen Zeitungslasern, immer noch Vorstellungen von Deutschland, die wegen ihrer Befangenheit und Gebundenheit an den eigenen »natürlichen« Alltag die Besorgnis jedes Demokraten und Sozialisten erregen, der diese unkämpferische Selbstsicherheit auf Grund

»Rechnungslegung« für das letzte Winterhilfswerk 1936/37 erstmalig folgende interessante Schätzung dessen, was der deutsche Lohn- oder Gehaltsempfänger allein durch den erzwungenen Lohnabzug für das braune System in Form einer Steuer, die nur einen beschönigenden Namen trägt, im Durchschnitt aufzubringen hat. Es heißt da:

»Immerhin ergibt sich, daß jeder Lohn- und Gehaltsempfänger im Durchschnitt etwa acht Reichsmark jährlich an Spenden, zu welchen dann noch die Pfundspende, die Straßen- und Eintopfspenden der übrigen Erwachsenen und der Firmen kommen, aufbringt.«

Der Unterschied zwischen einer normalen Steuer und dieser anderen, die man ausschließlich dem Terror des Regimes verdankt, ist der, daß diese letztere Steuer, von dreißig bis vierzig Millionen arbeitender Menschen in Deutschland aufgebracht, ausschließlich in den jeder wirklichen Kontrolle überhobenen Parteisäckel der NSDAP fließt, während immerhin über die Veranschlagung regulärer Staatseinnahmen noch der alte Beamtenapparat wacht. Man begreift, daß die Nazis à la Göbbels es notwendig haben, dieses Abgabensystem als »die praktischste Form des Christentums« bei jeder Gelegenheit zu feiern...

Alfred Rosenbergs Ahnen

Wir Sozialdemokraten pflegen uns im allgemeinen für die Großmütter, Urahren und Stammbäume unserer Zeitgenossen wenig zu interessieren. Wir sind nun einmal der Auffassung, daß Charakter und Geist, Leistung und Weltbild eines Menschen für seine Bewertung von größerer Bedeutung sind, als die »rassischen Qualitäten« seiner »Stippe«. Wir sind halt Untermenschen — ohne jeden Sinn für germanische Blutmystik.

Aber heute wollen wir einmal eine Ausnahme machen und — aus purer Bosheit — der Ahnenreihe des Herrn Alfred Rosenberg unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Daß der

eigener Erfahrung nicht mehr besitzt. Dieses Unvermögen, über die politische Geborgenheit in seinem Lande hinwegzusehen, — eine Geborgenheit, die leider oft nur scheinbar ist — ist nicht nur eine Gefahr für die Demokratien aller Welt. Sie ist bereits ihre Diskreditierung, was viel schlimmer ist.

Deshalb möchten wir, daß die Antwort, die der gutgläubige Pfarrer Birkhead von der Presse des Dritten Reiches erhalten hat, von der gesamten publizistischen Welt öffentlichkeit groß affiziert werde. Nicht nur, daß er als »armer Irrer« verhöhnt wird: er solle sich mit einem tausendkerzigen Scheinwerfer ausrüsten, um in Deutschland die angeblichen Freunde der Demokratie zu suchen. Es wird ihm außerdem (siehe »Westdeutscher Beobachter«) noch folgendes eröffnet:

»Wir möchten ihn deshalb mit aller freundlichen Nachsicht, deren wir fähig sind, bitten, von seinem wenig aussichtsreichen Projekt Abstand zu nehmen. Sicherlich wird es für einen Mann von den geistigen Qualitäten L. M. Birkheads unzählige andere Möglichkeiten in seinem eignen Lande geben. Dabei gehen wir von der Tatsache aus, daß Deutschland genau wie die Vereinigten Staaten an alle Einreisenden, die für einige Zeit bei uns bleiben wollen, gewisse Bedingungen gesundheitlicher Art stellen muß. Wir sind in dieser Beziehung zwar etwas großzügiger als Amerika. Für uns ist ein fehlender Backenzahn oder ein chronischer Stickschnupfen kein Grund, die Einreiseerlaubnis zu verweigern, aber dennoch erscheinen uns einige Vorsichtsmaßnahmen immerhin geboten. Zu diesen gehört auch der Grundsatz, Leute mit einem kleinen geistigen Defekt, mag er sich auch noch so ungefährlich und spassig äußern, wie z. B. bei L. M. Birkhead, nach Möglichkeit unsere Grenzen zu sperren. Deshalb müssen wir leider auf den Besuch des Zeitgenossen Birkhead verzichten. Gute Psychiater gibt es schließlich auch in USA.«

Diese heiteren Sätze haben einen tiefen Sinn, als es zunächst den Anschein hat. In diesen sommerlichen Ferienzeiten kommen viele Demokraten aus allen Ländern und nicht wenige aus Amerika ins Dritte Reich. Hier weiß man leider nur zu gut, daß diese Reisenden nicht den

Name dieses — neben Hitler und Streicher — eifrigsten Künders der neudeutschen Blutschule so jüdisch wie möglich klingt, ist schon vielen Leuten aufgefallen. Es ist auch schon oft genug davon gemunkelt worden, daß der Herr Oberantisemit selbst von jüdischer Herkunft sei. Nunmehr hat die wissenschaftliche Rassenkunde und Ahnenforschung in dieser Sache ihr Wort gesprochen.

Ein estnischer Wissenschaftler, der Archivar Otto Liiv, hat sich nämlich die Mühe gemacht, den Stammbaum des — bekanntlich aus Estland stammenden — Rosenbergs auf das genaueste und sorgsamste zu erforschen. Diese Mühe war auch von Erfolg gekrönt. Liiv gelang ein einwandfrei dokumentarischer Nachweis des Stammbaumes des Herrn Rosenberg. Und das Ergebnis der Untersuchung ist dies: Liiv bezeichnet Rosenbergs rassisches Erbgut als — »slawisch-jüdische« und stellt fest, daß auch nicht ein einziger Tropfen germanischen Blutes in den Adern des großen Rassenmythologen fließt.

Der estnische Forscher, der als Mann der Wissenschaft ein Gegner des barbarischen Blutaberglaubens ist, hat von dem Resultat seiner Untersuchung den deutschen Behörden Mitteilung gemacht und sich bereit erklärt, die Exaktheit und Unwiderlegbarkeit des Befundes vor jedem gewünschten deutschen Gerichtshof oder wissenschaftlichen Sachkennerngremium bis ins kleinste nachzuweisen...

Er hat auf dieses Angebot bisher keine Antwort erhalten.

Die Großmut des Ministers

Die deutschen Zeitungen berichten übereinstimmend:

»Am Vorabend zur Eröffnung der Woche des deutschen Buches in Weimar hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, für die Schillerstiftung, die der Unterstützung und Förde-

geistigen »Defekt« besitzen, sich neben der schönen Landschaft, der reichlichen Hotelbutter und der Freundlichkeit der Kellner auch um das politische und soziale Sein der Menschen zu kümmern, die ihnen als glückliche Gefolgschaft ihres Führers präsentiert werden. Ausgerüstet mit wohlfeiler Registerreisekarte, finden sie, daß es sich auf Besuch in Deutschland gut leben läßt — lebendige und viel zitierte Zeugen gegen die bekannten Lügen der Emigrantpresse. Wir unterstellen gern, daß sich unter diesen Reisenden hin und wieder ein neugieriger Birkhead befinden könnte, der der braunen politischen Quarantäne entgeht. Aber er würde nichts hören, nichts sehen, nur tauben Ohren und stummen Lippen begegnen, wenn er einmal belläufig fragen würde: wie hält ihr mit der politischen Freiheit und mit der Demokratie? Leider ist es nicht unwahrscheinlich, daß er nachher seiner geliebten Gemeinde berichten würde, er habe die Freunde der Demokratie zwar eifrig gesucht, aber bemerkenswerterweise keine gefunden.

Denn das Attest der Unzurechnungsfähigkeit, das die braune Presse diesem kindsfremden Sonderling ausstellt, trifft im Grunde gar nicht ihn, sondern die demokratischen Länder und Völker in aller Welt. Was im Dritten Reich Objekt der »Psychiatrie« ist, — das erlauben die Demokratien bei sich selbst den unter ihnen wohnenden Deutschen hitlerischen Gepräges mit wohlwollender Zutraulichkeit. Diese dürfen nach Belieben Organisationen mit Parteicharakter bilden, worin sie die politischen Grundsätze offen bekämpfen, unter deren Schutz sie leben. Sie haben eigene braune Häuser, unterstellen sich bedingungslos ihren nach Berliner Weisungen arbeitenden Führern, suchen Verbindung zur politischen Opposition im Gastlande und bespitzeln und terrorisieren diejenigen Landsleute, die ihnen nicht Order parieren.

Hier kennen gewisse große Demokratien, so peinlich genau sie es mit individuellen Einreise- und Aufenthaltsgenehmigungen nehmen, keine Quarantäne. Das sind, um im Stile der deutschen Presse zu bleiben, ihre »geistigen Defekte«.

Howald.

deutscher Dichter und Schriftsteller dient, 200.000 RM zur Verfügung gestellt.«

Was soll das heißen? Hat Dr. Göbbels diese 200.000 RM aus seiner Privatschatulle genommen? Nein. Sonst wäre gemeldet worden: »Dr. Göbbels spendete oder stiftete 200.000 RM«, nicht er »stellte zur Verfügung«. Die Summe stammt vielmehr aus der Kasse des Propagandaministeriums oder aus einem der unzähligen deutschen Sonderfonds. Das heißt aber: nicht Dr. Göbbels stellte zur Verfügung, sondern das deutsche Volk. In der verfaulenden Demokratie wurden solche Summen von der Volksvertretung bewilligt und ohne bengalische Beleuchtung in den Etat eingesetzt. Jetzt darf das Volk zahlen und den Mund halten, der Minister stellt die Volksgroschen zu irgendeiner selbstgewählten Verfügung und erntet den Ruhm, ein freigebiger, sozusagen sozialer Herr zu sein. Du bist nichts, dein Volk ist alles.

Eine Botschaft Morrisons

Erfolg der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeindevahlen.

Die am 1. November in England durchgeführten Gemeindevahlen brachten der Arbeiterpartei einen Erfolg, der sich insbesondere auf ihre siegreichen Fortschritte in und um London gründet.

In einer nach der Wahl abgegebenen Erklärung sagt Herbert Morrison:

»Es wird eine aufsehenerregende Kunde für die ganze Welt sein, wenn man erfährt, daß die Herrschaft der Arbeiterpartei in der Hauptstadt des britischen Weltreichs bestätigt worden ist.

In diesem Augenblick gedenken wir unserer Freunde, die in Spanien, in Deutschland, in Italien und in Oesterreich die Freiheit gegen die faschistische Tyrannei durchzusetzen suchen. In der Stunde unseres Triumphs wünschen wir Ihnen Glück.«

Der Verfall des Nationalsozialismus in Holland

Von J. W. Albarda.

Wie man sich erinnert, haben bei den Parlamentswahlen, die am 26. Mai 1937 in Holland stattfanden, Nationalsozialismus und Kommunismus, alle beide, einen Rückschlag erlitten.

Mit einer ausgedehnten und kostspieligen Wahlpropaganda hatte sich Herr Mussert, der »Führer« der holländischen nationalsozialistischen Bewegung (NSB), als der Mann empfohlen, der Holland vor dem Kommunismus bewahren werde. »Mussert oder Moskau«, das war nach der NSB die Wahl, die das holländische Volk zu treffen hatte. Auf der anderen Seite stellten sich die Kommunisten als die besonderen Bekämpfer des Faschismus vor. Auch nach ihrer Darstellung ging es um die Wahl zwischen Kommunismus und Faschismus. Geldmittel unbekannter Herkunft ermöglichten auch ihnen, eine umfangreiche und kostspielige Propaganda zu entfalten.

Das holländische Volk hat es abgelehnt, die Wahl zu treffen, vor die es die beiden Diktaturbewegungen stellte. Die Wähler entschieden sich weder für Moskau noch für Mussert. Sie wandten sich sowohl von den Kommunisten als von den Nationalsozialisten ab. Sie erklärten sich für die Grundsätze und die Einrichtungen der Demokratie.

Die Niederlage der Kommunisten war um so bemerkenswerter, als damals die Wirtschaftskrise in Holland noch keineswegs nachgelassen hatte. Am Tage der Wahl betrug die Zahl der Arbeitslosen noch immer nahezu 400.000, von denen viele seit Jahren arbeitslos waren. Günstiger konnten die Umstände für die Kommunisten wahrlich nicht sein. Trotzdem verloren die beiden kommunistischen Parteien zusammen genommen zwei Sitze: sie sanken von fünf auf drei Sitze herab. Die trotzkistische RSAP (Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei) sah ihren Abgeordneten Sneevliet aus der Kammer ausscheiden. Die stalinistische kommunistische Partei sah ihre Fraktion von vier auf drei Mitglieder zusammenschrumpfen. Der Stimmenanteil der beiden Parteien zusammen genommen fiel von 5,2 Prozent im Jahre 1933 auf 4,2 Prozent im Jahre 1937.

Noch viel schlechter haben die Faschisten abgeschnitten.

Zwei kleine faschistische Parteien, die 1937 zum ersten Mal an den Wahlen teilnahmen, erhielten nur 0,2 Prozent und 0,02 Prozent der Stimmen. Die halbfaschistische Partei der »Nationalen Erneuerung«, die 1933 0,8 Prozent der Stimmen und einen Sitz bekommen hatte, erhielt nur mehr 0,1 Prozent und verlor ihr Mandat.

Die National-Sozialistische Bewegung mit ihrem »Führer« Mussert nahm zum ersten Mal an einer Parlamentswahl teil; doch hatte sie sich bereits 1935 an den Wahlen für die Provinziallandtage beteiligt. Damals erhielt sie 294.000 Stimmen (7,9 Prozent). Diesmal fiel sie auf 171.000 Stimmen (4,2 Prozent). Im Laufe von zwei Jahren hat sie also fast die Hälfte verloren.

Man begreift, daß diese Niederlagen bei den antidemokratischen Parteien ebensoviel Mißstimmung hervorgerufen haben wie Freude bei den Massen des holländischen Volkes. Die Folgen haben sich bereits gezeigt. Die trotzkistische RSAP, die die Reste des Syndikalismus und des Anarchismus um sich gesammelt hatte, ist sichtlich im Rückgang. Auch die stalinistische kommunistische Partei hat an Ansehen bei den revolutionären Elementen verloren. Bei der halbfaschistischen Partei der Nationalen Erneuerung hat man gleich nach den Wahlen den Abgang zahlreicher bekannter Mitglieder erlebt und die Partei, mag sie auch noch nicht formell aufgelöst sein, liegt im Sterben.

Viel wichtiger jedoch ist der Zersetzungsprozeß, der in der NSB begonnen hat. Nach einer Mitteilung von Mussert selbst ist der Mitgliederstand der NSB gleich nach den Wahlen erheblich zurückgegangen: er gibt selbst an, daß er von 52.000 auf 49.000 gesunken ist. In der letzten Zeit verlassen die Mitglieder die NSB in so schnellem Tempo, daß die Mitgliederzahl heute tief unter 30.000 gefallen sein muß. In den letzten Wochen melden die holländischen Zeitungen buchstäblich jeden Tag den Rücktritt bekannter Persönlichkeiten aus dieser Bewegung. Leute, die in der NSB die höchsten Funktionen bekleidet hatten, laufen davon. Die zwei Sitze im Senat, die die NSB im vergangenen Mai erlangt hatte, sind noch immer unbesetzt: die beiden Herren, ein Geistlicher und ein gewesener Bürgermeister, die Mussert für diese Funktion bestimmt hatte, sind ausgetreten und haben es abgelehnt, Mitglieder des Senats zu werden. Unter den Aus-

In der »Freien« Stadt Danzig wird in diesen Tagen die restlose Gleichschaltung durchgeführt. Nachdem sämtliche legalen nichtnationalsozialistischen Parteien und Organisationen von der Polizei unterdrückt worden sind, und die Judenmaßnahmen nach reichsdeutschem Muster zwar nicht auf Grund von Gesetzen, wohl aber im Geiste der Hitler und Streicher rigoroseste Anwendung finden, hat der Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei in Danzig, Forster, in seiner letzten Rede das Kommando zu den Vorbereitungsmaßnahmen für einen eventl. Anschluß Danzigs an das Dritte Reich gegeben, dessen Durchführung heute zweifellos schon als eine konkrete Absicht zu erkennen ist. Durch Verordnung wird in Danzig ein Staatsjugendgesetz erlassen, das wie im Reich die Zugehörigkeit jedes Jugendlichen zur Hitlerjugend zur Pflicht macht. Eine zweite Verordnung verbietet die Neugründung von politischen Parteien. Eine dritte Verordnung, die sich in Vorbereitung befindet, sieht die Abschaffung der Staatsflagge mit den beiden Danziger Hanseatenkreuzen und die Einführung der Hakenkreuzflagge vor, bei der das Danziger Wappen nur mehr noch als Gösch in einer Ecke des Fahntuchs schamhaft versteckt sein wird. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß diese Maßnahmen selbstverständlich in offenem Widerspruch zu der vom Völkerbund garantierten Verfassung und zum Versailler Vertrag stehen.

An den Anfang dieser letzten Gleichschaltungs-Aktionen wollen die Nazis in echt demagogischer Weise eine politische Amnestie stellen. Sie dient, in ihrer Wirkung nach außen hin, dazu, den Großmut und das gute Herz der Nazis ihren politischen Gegnern gegenüber propagandistisch herauszustellen, in Wirklichkeit in der Hauptsache wohl dazu, die Plünderer und Diebe bei den letzten Judenpogromen in Danzig, bei denen bekannt-

geschiedenen befinden sich der »Chef des Kabinetts« des »Führers«, der Leiter der Presseabteilung, ein Sekretär des Hauptquartiers, ein Kommandant der Wehrabteilung und andere hochbestellte Personen, mit denen sich der »Führer« umgeben hatte. Es ist ein wahrer Zusammenbruch und ganz Holland freut sich jeden Tag über die Nachrichten von diesem Abbröckeln.

Nach und nach wird der Herr Mussert eine einsame Gestalt in seinen höchsten Regionen: verlassen von seinen einstigen Vertrauten und höchstens noch umringt von einer Gruppe eifersüchtiger Intriganten. Die ihn verlassen haben, erklären öffentlich, daß sie bei dem »Führer« nicht jene Eigenschaften gefunden haben, die er hätte besitzen sollen. Und doch war es dieser Herr Mussert, dem seine Gefolgsleute den Eid des Gehorsams und der Treue ablegen mußten und von dem die NSB während des Wahlkampfes riesige Porträts mit der Inschrift anschlagen ließ: »Ohne diesen Mann hat Holland keine Zukunft!«

In Holland hat das »Führerprinzip« wahrhaftig vor aller Augen Bankrott gemacht!

Indessen verfügt dieser als unfähig erkannte Führer innerhalb seiner Bewegung immer noch über große Machtmittel. Die Druckerei und die Zeitungen, die dort hergestellt werden, gehören Unternehmungen, in denen er allein zu verfügen hat. Er allein verfügt auch über die Einkünfte der Unternehmungen und Publikationen der Bewegung. Als richtiger Diktator ist er in Geldsachen niemandem Rechenschaft schuldig. Wenn sich heute die ausgetretenen Mitglieder darüber beschweren, so kann man ihnen wohl antworten: »Tu l'as voulu, Georges Dandin!«

So erfreulich dieser Zusammenbruch der NSB für uns alle sein mag, so unvernünftig wäre es zu glauben, daß die faschistische Gefahr in Holland endgültig überwunden sei. Zunächst ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die abgefallenen Nazis, von denen viele behaupten, daß sie die Grundsätze und Ziele keineswegs aufgegeben haben, eine neue faschistische Organisation gründen, die weniger dumm und unfähig geleitet würde als die NSB durch Herrn Mussert. Zweitens könnte die materielle und »moralische« Hilfe Deutschlands den holländischen Nazis ermöglichen, trotz ihrer schweren Verluste auch weiterhin eine beträchtliche Aktivität zu entfalten. Unsere Pflicht ist daher, den Kampf gegen den Faschismus ohne Erlahmen fortzusetzen. In der sozialdemokratischen Bewegung und in den anderen demokratischen Kreisen ist man sich dessen voll und bewusst.

Die Tragödie Danzig

Die restlose Gleichschaltung im Gange

lich Waren im Werte von etwa 100.000 Danziger Gulden gestohlen und vernichtet wurden, straffrei ausgehen zu lassen. Da die Amnestie sich nur auf Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr und auf Disziplinarverfahren bezieht, wird nur einem Teil der Antifaschisten die Strafe erlassen, etwa 50 politische Gefangene, die längere als einjährige Gefängnisstrafen zu verbüßen haben, gehen leer aus. Der Gauleiter Forster hat in seiner jüngsten Rede auch von der »Beseitigung des Unrechts« gesprochen, das Danzig durch die Abtrennung vom Reich widerfahren sei. Er hat in diesem Zusammenhang auch weitere Maßnahmen angekündigt, die die Einheit Danzigs mit dem Dritten Reich unterstreichen sollen. Es ist besonders bemerkenswert, daß er diese Rede unmittelbar nach einer Unterredung mit Hitler gehalten hat, in der er diesen erneut seines ausdrücklichen Vertrauens versichert hat. Den Anlaß zu Forsters Reise nach Berlin bildete übrigens — sicherem Vernehmen nach — eine von gewissen reichsdeutschen Stellen in Danzig unternommene Intervention gegen die Judenpogrome der letzten Wochen, für die Forster verantwortlich war. Hitler hat sich selbstverständlich auf die Seite der Plünderer gestellt, und seitdem geben die antisemitischen Aktionen mit erhöhter »Schlagkraft« weiter. In jener Unterredung mit Hitler sind aber ohne jeden Zweifel die bereits vorher erwähnten Maßnahmen zur Demonstration der Einheit zwischen Danzig und dem Reich festgelegt worden.

Stärkste Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die völlig unverbindliche Form der Erwähnung Danzigs in den Berliner und Warschauer amtlichen Verlautbarungen zu dem neuen deutsch-polnischen Minderheiten-Abkommen. In der amtlichen Meldung über die Unterredung Hitlers mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, heißt es wörtlich: »Bei der Unterhaltung wurde zugleich festgestellt, daß die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger

Frage nicht gestört werden sollen.« In informierten Warschauer Kreisen will man wissen, daß sich die polnische Regierung bemüht hatte, anlässlich der sogenannten Regelung der Minderheitenfrage die Reichsregierung zu einer erneuten öffentlichen Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig zu veranlassen...

Die Zweifel in den Wert der Verlautbarung zur Danziger Frage werden noch durch eine amtliche Verlautbarung des Senats unterstrichen, in der es heißt: »Durch die in der Verlautbarung über die Unterhaltung des Führers und des Reichskanzlers mit dem polnischen Botschafter in Berlin enthaltene Feststellung zur Danziger Frage ist zum Ausdruck gebracht worden, daß das durch die Politik der unmittelbaren Verständigung erreichte deutsch-polnische Verhältnis eine so umfassende Bedeutung besitzt, daß eine normale und den natürlichen Bedürfnissen der Danziger Bevölkerung entsprechende Entwicklung der Lage Danzigs — die deutsch-polnischen Beziehungen nicht stören kann.« Welche Bedürfnisse der Danziger Bevölkerung »natürliche« und »normale« sind, in welcher Richtung also die Entwicklung der Lage Danzigs gehen wird, darüber bestimmt bekanntlich der Danziger Gauleiter Forster auf Geheiß Hitlers.

Die jüngsten Ereignisse in Danzig und die Weigerung des Dritten Reichs, erneut die staatliche Selbständigkeit Danzigs öffentlich anzuerkennen, deutet sehr eindringlich darauf hin, daß das Dritte Reich sicherlich nicht abgeneigt sein wird, sobald wie möglich, d. h., sobald weitere Erfolge des internationalen Faschismus die Gelegenheit günstig erscheinen lassen, zu einem Streich gegen Danzig auszuholen. Nicht etwa, um das abgetrennte deutsche Danzig zu »erlösen«, — die Danziger bedanken sich gerne dafür — sondern um sich mit Danzig den wichtigsten Stützpunkt zur militärischen Beherrschung der Ostsee und zur ständigen Bedrohung des polnischen Hinterlandes einzuverleiben.

Aber der Alpdruck ist vorbei! Die Demokratie fühlt sich stark.

Ein braunes Produkt

Erziehung zum Mord.

Am 1. Juni 1937 wurde in der Nähe von Kufstein (Tirol) ein 17jähriges Mädchen überfallen und ermordet. Die Mörder — es waren drei junge Burschen — konnten in Rosenheim (Bayern) verhaftet werden, von wo sie nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe wegen unbefugter Grenzüberschreitung den österreichischen Behörden ausgeliefert wurden. Dieser Tage wurde nun in Innsbruck der Prozeß gegen die drei jugendlichen Mörder durchgeführt, wobei das Verhör erschreckende Enthüllungen brachte.

Einer der Mörder, Polz, erzählte, er sei bei der Hitlerjugend in Deutschland gewesen, dann aber auf Bitten seiner Mutter, die ihm das Geld zur Heimreise schickte, wieder nach Oesterreich zurückgekehrt. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden: Wie sind Sie auf den Gedanken gekommen, so etwas zu machen, antwortete der Angeklagte: Durch die Hitlerjugend! Bei den militärischen Vorträgen und Scharfschießübungen haben uns die Führer immer erklärt: schießen auf einen Menschen sei das gleiche, wie auf eine Zielscheibe.

Der Verteidiger des Angeklagten erklärt: Sie waren ja auch im Jahre 1934 im Ausland (nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß, D. R.), wo waren Sie da? Der Angeklagte: In Jugoslawien, im Nazi-Flüchtlingslager in Warasdin.

Verteidiger: Was für Erlebnisse haben Sie dort gehabt?

Angeklagter: Ich bin militärisch ausgebildet worden.

Verteidiger: Was für Erlebnisse haben Sie mit den SA-Leuten gehabt?

Angeklagter: Die haben mich immer mitgenommen, wenn sie zu Dirnen gegangen sind. Dort haben sie mir alles gezeigt und erklärt.

Vorsitzender: Von Warasdin sind Sie dann nach Deutschland gekommen. Erzählen Sie uns auf welchem Weg?

Angeklagter: Wir sind zu Schiff nach Bremerhafen und von dort in ein SA-Lager gefahren. Dort bin ich wieder militärisch ausgebildet worden, und dann bin ich nach Hamburg als SS-Ordnanz gekommen.

Verteidiger: Wer war dort der Kommandant?

Angeklagter: Der Herr Obersturmbannführer Smrtschek.

Verteidiger: Auch dort haben Sie ein ganz besonderes Erlebnis gehabt?

Angeklagter: Ja. Der Herr Obersturmbannführer hat in der Kanzlei einen SS-Mann erschossen. Dann hat er mich schwören lassen, daß ich darüber nichts rede.

Verteidiger: Wo sind Sie dann hingekommen?

Angeklagter: Nach Kulmühl in die Hitlerjugend-Führerschule.

Der Angeklagte erzählt dann weiter, daß er auch in Köln militärisch ausgebildet wurde. Dort hatte er Wache zu stehen und hatte den Auftrag, auf jeden Näherkommen ohne Anruf zu schießen. Er tat dies auch und bemerkte zu spät, daß er auf den Lagerleiter geschossen hatte. Daraufhin kam er ins Straflager Wittelbacherhöhe. Hierauf schilderte er seine Erlebnisse im Hitlerjugendheim in Göttingen: Wir waren 100 Burschen und 20 Mädchen. Viele von uns sind geschlechtskrank geworden. Bei der Untersuchung hatte sich herausgestellt, daß jeder fünfte krank ist.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was die Mädel dort zu tun hatten, gab der Angeklagte zur Antwort: Die waren in der Küche und in der Wäscherei beschäftigt.

Und am Ende einer solchen »Ausbildung« steht ein Mord an einem 17jährigen Mädchen und — jahrelanges Zuchthaus!

Rassezensuren obligatorisch

Das neue deutsche Personenstandsgesetz, veröffentlicht in der Nr. 119 des Reichsgesetzblattes vom 5. November 1937, verfügt die Einführung eines beim Registerbeamten geführten Familienbuches, das »die verwandtschaftlichen Zusammenhänge der Angehörigen einer Familie, die Zusammenhänge zwischen Vor- und Nachfahren ersichtlich macht.« Auch die »rassische Einordnung der Gattene« soll vermerkt werden. In welcher Weise eigentlich eingeordnet wird und in welcher Form die Einordnung notiert werden kann, bleibt dunkel. Vermutlich so: Augen — nahezu nordisch, Nase — leicht alpin, Mund — mit dinarischem Einschlag, besondere Merkmale: O-Beine, die auf ostische Ueberlagerung schließen lassen. Rassenleistung: 3—4 (noch genügend). Zu führenden Staatsposten geeignet.

Braune Wühlarbeit gegen Dänemark

Konferenz bei Göbbels. — Bedrohtes Nordschleswig. — Leiden der Flensburg-Dänen. — Gestaspitzelei in Kopenhagen

Ende Oktober hatte Göbbels den Gauleiter Lohse (Kiel), den Flensburger Oberbürgermeister Dr. Kracht und den Chef der Flensburger Nazipresse, Hauptschriftleiter Schröder, zu einer vertraulichen Besprechung ins Berliner Propagandaministerium beordert, um von diesen drei Herren eine ausführliche Berichterstattung über die Lage an der deutsch-dänischen Grenze entgegenzunehmen. In gewissen — meistens recht gut informierten — Kreisen glaubt man jedoch zu wissen, daß jene Zusammenkunft nicht bloße »Berichterstattung«, sondern vielmehr die Festlegung eines neuen verschärften Aktionsprogramms für den »Grenzkampf« im Norden zum Zweck hatte.

Allzuweit dürfte diese Annahme sicherlich nicht von der Wahrheit entfernt sein. Fest steht jedenfalls, daß die nationalen Spannungen, die das Dritte Reich auf beiden Seiten der dänischen Grenze planmäßig zu erzeugen wußte, in letzter Zeit von Berlin her systematisch immer weiter verschärft worden sind, und daß es keinen Kenner der Dinge allzu sehr verwundern würde, wenn zu gegebenem Zeitpunkt (der jetzt noch nicht gekommen ist) Dänemark in gleichem Maß und gleicher Art wie gegenwärtig die Tschechoslowakei zum Objekt einer mit allen Mitteln der braunen Lügenpropaganda betriebenen Riesenhetze gemacht würde...

Eine gelassene inszenierte akropellose und tief verlogene antidänische Propaganda ist ja schon seit langem im vollen Gang, wenn sie auch vorläufig im Grenzgebiet lokalisiert ist und noch nicht des gesamten deutschen Funk- und Presseapparates als ständigen Sprachrohr bedient. Eines Tages aber wird ein Druck auf einen Knopf genügen, um den Revancheruf gegen Dänemark und die Forderung nach »Herausgabe der geraubten Gebiete« mit tausendfach verstärkter Lautqualität auf das Ohr der Welt loszulassen. Schon jetzt hat ja bekanntlich das Dritte Reich in einer Propagandaschrift erklärt, daß Nordschleswig juristisch betrachtet wieder als deutsches Gebiet anzusehen sei, da Hitler dem Versailler Vertrag die Gültigkeit genommen habe. Lediglich die faktische Inbesitznahme dieses »deutschen Bodens« stehe noch aus...

Derartige Äußerungen sowie wüste Beschimpfungen des dänischen Volkes, seiner demokratischen Staatsform und seiner Regierung sind absolut an der Tagesordnung, — während man gleichzeitig bei feierlich-offiziellen Anlässen gern heuchlerisch die deutsche Blutsverwandtschaft und Kulturverbundenheit mit dem Norden und — selbstverständlich — die grenzenlose Friedensliebe des Führers zu betonen liebt...

Die antidänische Aggressivität des Dritten Reiches bedient sich der verschiedensten Wege und Mittel. Während z. B. die dänische Minderheit im Reich skandalöser Drangsalierung und Unterdrückung in ständig wachsendem Maß ausgesetzt wird, werden Teile der deutschen Minorität in Dänemark durch tausend Mittel und Tricks in ein geistiges und materielles Abhängigkeitsverhältnis zum Berliner Propagandaministerium und anderen braunen Instanzen hineinmanövriert und zum Stoßtrupp nationalsozialistischer Expansionsstrebens gemacht. Man hat es ja sogar versucht, regelrechte Formationen der deutschen SA auf dänischem Boden zu bilden. Offiziell wurde diese Auslandsgarde des Führers freilich von den dänischen Behörden verboten und aufgelöst. Illegal aber besteht sie unter dem Deckmantel von »Ver-einen« weiter, die es verstehen, sich nach außen hin einen harmloseren Anschein zu geben...

Systematisch und unter Einsatz enormer Geldsummen wird von Hitlerdeutschland daran gearbeitet, Landwirtschaft und Handwerk im dänischen Nordschleswig in die Hände zuverlässiger Hitleranhänger zu bringen. Geradezu en gros wird zu diesem Zweck der Verkauf von Bauerngütern betrieben, wobei die Finanzierung von der Hofe-Bank in Kiel besorgt wird. Dieses Institut, das sich im Besitz des preußischen Staates befindet, gibt nämlich solchen Landwirten, die von der Partei als unbedingt verlässliche Hitleranhänger empfohlen werden, und die sich auf dänischem Boden ankaufen wollen, Hypothekenkredite gegen einen Zinssatz, der nur genau halb so hoch ist, wie der Zinssatz, den dieselbe Bank von Landwirten innerhalb der Reichsgrenzen zu nehmen pflegt...

Eine ähnliche Rolle nach Dänemark hinüber spielt auf anderem Gebiet die Aito-naer Handwerkskammer. Sie ge-

währt in verschwenderischer Fülle Subventionen an solche Handwerker in Sönderjylland, die der »Deutschen Front« angeschlossen sind und die dadurch in die Lage versetzt werden sollen, ihre dänischen oder politisch andersgesinnten Konkurrenten durch ständiges Unterbieten zu ruinieren. Daß die sehr beträchtlichen Geldmittel, ohne welche dieses ganze Treiben nicht denkbar wären, letzten Endes aus dem Säckel des Göbbels-Ministeriums stammen, wird man schwerlich bezweifeln können...

Kurzum: mit Hilfe von Göbbelsgeld und Göbbelspropaganda hat Berlin auf dänischem Boden eine hitlerdeutsche Irredenta geschaffen, die bestrebt ist, ganz so aufzutreten, als wäre Sönderjylland bereits ein Bestandteil des braunen Reiches. Sobald aber dieses Treiben einmal den Dänen über die Hutachnur geht und die Behörden gezwungen sind, zur Wahrung dänischer Autorität und dänischen Gesetzes irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, dann wird auch das allermindeste Vorgehen von den Nazis demagogisch als »Unterdrückung des deutschen Volkstums« und als »herausfordernder Bruch der deutschen Minoritätsrechte« bezeichnet und die »Befreiung der deutschen Brüder in Sönderjylland« mit erhöhtem Nachdruck als nationale Ehrensache desselben deutschen Volkes hingestellt, das froh wäre, wenn es nur halb, nur ein Zehntel soviet Freiheit und Menschenrecht genösse, wie die »unterdrückten Brüder« im demokratischen Dänemark.

Wie aber steht es mit der dänischen Minderheit in Deutschland? Bringt die Hitlerdiktatur hier jene Prinzipien zur Anwendung, zu deren Hüterin sie sich anderen Staaten gegenüber so gerne aufwirft? Nicht im mindesten. Die Flensburg-Dänen werden drangsalieren und schikanieren, wo immer es nur angeht. Daß sie politisch völlig rechtlos sind, versteht sich von selbst, denn das haben sie ja mit allen anderen Reichsbürgern gemeinsam. Aber auch ihre kulturellen Einrichtungen und ihr nationales Eigenleben sind ständiger Bedrohung und Verhöhnung ausgesetzt. Regelmäßig findet man in den dänischen Zeitschriften »Gränsvagten« und »Folkung« eine an Umfang ständig wachsende Monats-Chronik der Uebergriffe, Ungerechtigkeiten und Beschimpfungen aufgezeichnet, die die deutschen Behörden und die Nazi-partei sich gegenüber den wehrlosen Angehörigen der dänischen Minderheit heraus-

nehmen. Da liest man z. B. von einem dänischen Arbeitslosen, der vier Kinder hat und sich an das Flensburger Wohlfahrtsamt wendet und eine Kinderbeihilfe beantragt. Man werde den Fall untersuchen, wird ihm gesagt, er solle abwarten. Nach ein paar Tagen erscheint bei ihm ein Nazifunktionär, um Erkundigungen einzuziehen:

»In welche Schule gehen Ihre Kinder?« fragt der Nazi.

»Drei von ihnen besuchen die dänische Gemeindegemeinschaft, das vierte den dänischen Kindergarten.«

»Was? Und da wagen Sie es Kinderbeihilfe zu fordern? Sie sind ja ein Landesverräter! Jawohl! Ihre Kinder schicken Sie in die dänische Schule, aber vom deutschen Staat wollen Sie Unterstützung haben! Ausgeschlossen!«

Das ist ein Beispiel, — eines von hunderten, die sich anführen ließen. So sieht in der Praxis jener »Respekt vor fremden Volkstum« aus, den die Nazis so laut im Munde führen.

Die Aggressivität der Hitlerdiktatur gegen Dänemark beschränkt sich nicht auf die ständige Grenzlandhetze. Ueberall im nördlichen Nachbarland hat das Dritte Reich sich Stützpunkte geschaffen, die teils der Propaganda, teils der Spitzellei dienen. Das Göbbelsministerium und Himmlers Gestapo arbeiten hier Hand in Hand. Wer aber sind diejenigen, die in Dänemark ihren Plänen als Werkzeug dienen? In einer jüngst in Skandinavien erschienenen Broschüre (»Bruna nätet över Norden« Stockholm 1937), findet sich u. a. eine kleine sehr interessante Porträtgalerie von Leuten, die in Kopenhagen die Geschäfte der Himmler und Göbbels besorgen. Greifen wir aus der Fülle der dort präsentierten Erscheinungen ein paar besonders »sympathische« Gesichter heraus! Da ist z. B. ein Herr Frieltz, der als offizieller Repräsentant der deutschen »Kulturpropaganda« in Dänemark gilt und Pressereferent der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen ist. Frieltz' diplomatische Laufbahn ist ziemlich jungen Datums. Früher waren die wertvollen Kräfte dieses Herrn anderen Aufgaben gewidmet, — er war nämlich Angehöriger des berüchtigten SA-Sturms 33, des sogenannten Mordsturms. Nach der Machtübernahme wurde er auf Wunsch der Gestapo nach Kopenhagen geschickt, mit dem doppelten Auftrag, das

Personal der Gesandtschaft und die deutschen Emigranten zu überwachen...

Ein nicht minder würdiger Vertreter des Dritten Reiches ist Herr Pflug-Hartung, der in Kopenhagen offiziell als Korrespondent des »Völkischen Beobachters«, inoffiziell als Vertrauensmann der Gestapo tätig ist. Vor 1933 wohnte Pflug-Hartung in Stockholm. Er wurde aus Schweden ausgewiesen. Gegen die Ausweisung protestierte er seinerzeit energisch aber vergeblich, indem er erklärte, einer der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg zu sein... Weniger offensichtlich und noch diskreter getarnt sind die Funktionen, die ein Rittmeister a. D. namens Haupt in Kopenhagen auszuüben hat. Nach außen hin ist er nichts weiter, als der von aller Politik himmelweit entfernte Vertreter eines großen deutschen Autokonzerns. In Wirklichkeit jedoch ist er — so behauptet der Verfasser der erwähnten Broschüre — geheimer Verbindungsmann zwischen deutschen und dänischen Nazis. Berechtigtes Aufsehen erregte ein geheimes — aber nicht geheim gebliebenes — Rundschreiben, das dieser Haupt vor einiger Zeit an alle nazistischen Autobesitzer in Kopenhagen (vornehmlich also an die Mitglieder der zahlenmäßig recht starken deutschen Kolonie) richtete, und das im Grunde nichts weiter war, als eine vorsorgliche Mobilmachungsbefehl für den »Ernstfall«...

Schluß mit der Aufzählung! Noch mancherlei Namen ließen sich nennen. Die allermeisten der zahlreichen Geheimagenten, die das Dritte Reich im Norden unterhält, dürften es freilich bisher gut verstanden haben anonym und unbemerkt zu bleiben... Wie weit die dänischen Nazis (deren Finanzquelle Berlin sein dürfte) auch nur als der verlängerte Arm der deutschen Spitzelleizentrale anzusehen sind, das ist eine Frage, die wir hier nicht untersuchen wollen.

Vor einigen Monaten wurde in Kopenhagen ein Bombenattentat gegen den dänischen Verteidigungsminister verübt. Der Täter hatte, wie er nach der Verhaftung erklärte, »aus Erregung über das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten« gehandelt. Er gehörte einer der dänischen Nazisekten an. Der Sprengstoff aber, den er verwandt hatte, stammte aus Hitlerdeutschland. Das mag — wie behauptet wird — bloßer Zufall gewesen sein. Jedenfalls: ein Zufall, dem etwas Symbolisches anhaftet.

Der große Retter der Kaziken

Hiders moralische Eroberungen in Spanien

Die Zeitung »ABC« Sevilla (Numero 10729) schreibt leitartikelmäßig zur Weltsituation, wie Franco-Spanien sie jetzt und in Zukunft sieht:

»Was würde passiert sein, wenn es Deutschland gelungen wäre, den Krieg zu gewinnen? Das ist freilich eine Sache, die noch eines besonderen Beitrags bedarf. Wir möchten aber für den Moment schon sagen, daß der Geist der Autorität, der Ordnung, der Hierarchie dann unangestastet geblieben wäre. Gewiß — die Evolution der Ideen, die Vorwärtsbewegung und das Reifen der westlichen Zivilisation würden ihren notwendigen wechselseitigen Verlauf weiter genommen haben; jedoch Europa würde ganz gewiß nicht in diesen Zustand der Verängstigung gefallen sein, in diese abgrundtiefe Zerrissenheit und diese gefährliche Schwäche, in denen es sich befindet. Und Rußland würde nicht an seiner Flanke wie eine düstere Drohung des Zerfalls drücken.

In Spanien gab es immer viele Entente-freunde (»alla doñicos«); fast alle Intellektuelle waren es. Es gab aber auch viele konservative, aristokratische und rang-bekleidende Persönlichkeiten (»personas conservadoras, aristocraticas e ilustradas«), die, wie die Französlinge (»francesados«) der napoleonischen Epoche ihre Klasse verrieten und sich von der Anziehungskraft Frankreichs und Englands einfangen ließen. Seitdem haben sie ganz die Bedeutung ihres Irrtums und ihres Verrates begriffen. Wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, brauchten wir selbst jetzt nicht gegen alle diese Mächte des Uebels und gegen alle diese Ungeheuer der Barbarei zu kämpfen, die der Große Europäische Krieg, Meisterwerk der »Kamouflage«, entfesselte!

Jeder wird es verständlich finden, wenn wir als Deutsche Zurückhaltung üben, wo einer die Milchmädchenrechnung in der Welt aufmacht, wie es wohl geworden wäre, wenn es 1918 anders gekommen und Ludendorff nach Paris statt Poch an den Rhein gelangt wäre.

Nichtsdestoweniger stellt dieser franco-spanische Stimmungsausbruch zur Debatte:

Sollen es die Franzosen nicht nachträglich noch bedauern, daß sie ihr Verdun wie die Löwen verteidigt haben? Möchten sich die Engländer nicht selbst schämen, wenn sie heute als Schlachtfeldbummler unter dem Marmorbogen des Ehrenmals von Ypern stehen, in die viele Tausende von Namen der Männer aus Wales und aus Schottland, aus Australien und aus Kanada eingemeißelt wurden, die hier nicht nur für ihr Land, sondern auch für ihr Ideal starben? Wird nicht bald Herr Roosevelt alle diplomatischen Anstalten treffen, durch eine Generalentschuldigung bei General Franco den fatalen Schritt seines Vorgängers Wilson, der sich damals entscheidend gegen die »un-kontrollierten Gewalt« richtete, die »Völker als Schachfiguren behandelte«, zu revidieren? Die heutige englische Kabinetts-politik glaubt, ein siegreiches Franco-Spanien Hitlerdeutschland oder dem faschistischen Spanien dadurch wieder abspenstig machen zu können, daß sie auf die Dauer über den geräumigeren Geldschrank verfügt. Nun — ideologische Dinge können bei Zeiten sehr viel stärker sein, als materielle! Wir glauben, gerade der vom heutigen Rebellen-Spanien so bedauerte Ausgang des Weltkrieges hat das gegen die rein mechanistische und quantitäten-schätzende Auffassung des Wilhelmismus stärkstens bewiesen. Hier soll aufgezeigt werden, wie weit bereits die ideologischen Verluste Englands dank seiner aktuellen Politik gediehen sind!

Ungleich wichtiger freilich für uns als Deutsche, als all dies, was schließlich Engländer, Amerikaner, Franzosen mit sich selbst auszumachen haben, ist die franco-spanische Apotheose auf Hitler als den Weltmissionar für das politische und kulturelle Mittelalter und den Feudalismus in jeder Form! So also steht »der Kämpfer der Faust und der Stirn, der »Gefreite des

Weltkrieges«, der »einfache Mann aus dem Volke« schließlich im Weltspiegel, daß sich die Kaziken in aller Welt instinktiv in seinen Schutz flüchten möchten. Das hat er aus dem »Deutschland erwache!« seiner proletarischen Revolutionsabenden gemacht, daß — trotz aller mehr persönlichen Mißerfolge der Papens in Deutschland selbst — seine »revolutionäre« Rolle in der Welt von den Interessierten durchaus nicht verkannt wird; Restaurator der Privilegien, Hüter des Mammons, Hohepriester der Volksverachtung gegen alle Regungen des gesellschaftlichen und politischen Fortschritts zu sein! Sein Propagandaministerium vermag heute nur noch die ganz Dummen mit phraselogischem Qualm für diese historische Mission des Hitlerismus in der Welt einzufangen: die relativ Wenigen, auf die es ankommt und die im neuen »faschistischen Jahrtausend« um so dreister und frecher für sich verdienen wollen, haben durchaus hindurchgeguckt. Man sollte meinen, daß es genügt! H. E.

Die Uniformsteuer

Der winterliche Dienstanzug der Hitlerjugend wird wieder einmal umgebaut. An Stelle der schwarzen Stiefelhosen, der Schaftstiefel und des Wintermantels werden eine blaue Ueberfallhose und eine dunkelblaue Winterbluse eingeführt, dazu Schnürstiefel und Regenumbau. Die deutsche Presse bemerkt:

»Die genannten Änderungen des Winterdienstanzuges sind auf praktische Erwägungen zurückzuführen.« Sogar auf »sehr praktische Erwägungen. Die Reichzeugmeisterei erhält von allen Formationen für jede Uniform durchschnittlich 5 Prozent Gebühren. Für die soeben abgeschaffte HJ-Dienstkleidung steckte sie je Stück etwa 2 Mark ein. Bei rund einer Million Mitglieder ein hübsches Sümmchen. Nun kann der Fischzug von vorn beginnen. Sind das etwa keine praktischen Erwägungen?

Die Bibel der Gegenrevolution

Bemerkungen zum Berner „Protokoll“-Prozeß

Das Urteil, das das Berner Obergericht im Prozeß um die sogenannten »Protokolle der Weisen von Zion« am 1. November im Berufungsverfahren fällte, hat nach dem Ergebnis in erster Instanz starkes Befremden ausgelöst. Bekanntlich sind die beiden angeklagten »Frontisten« wegen der Verbreitung der »Protokolle« nach mehreren Wochen Prozeßdauer vom Berner Amtsgericht im Mai 1935 zu Geldstrafen und zur Tragung der Prozeßkosten verurteilt worden. Gerichtspräsident Dr. Meyer erklärte damals bei der Verkündung des Urteils:

»Ich bin überzeugt, daß die »Protokolle« Schundliteratur, und mehr als das, Unsinn sind. Die »Protokolle« sind sowohl Fälschung wie Plagiat und fallen unter die Streifung des bernischen Schundliteraturgesetzes.«

Jetzt hat das Obergericht im Berufungsverfahren das erste instanzliche Urteil aufgehoben, nachdem es sich lediglich mit der formalen Frage befaßt, ob und inwieweit in diesem Falle der Artikel 14 des Schundliteraturgesetzes anzuwenden sei. Was besagt dieser Artikel?

»Es sind alle Druckschriften zu verbieten, deren Form und Inhalt geeignet sind, zur Begehung von Verbrechen anzureizen oder Anleitung zu geben, das Schamgefühl gröblich zu verletzen, eine verrohende Wirkung auszuüben oder sonstwie groben Anstoß zu erregen.«

Bei der Verhandlung vor dem Obergericht erklärte der stellvertretende Generalprokurator Loder, rein gefühlsmäßig müsse man die »Protokolle« als Schundliteratur erklären. Es handele sich hier um eine verleumderische Hetzschrift, die die jüdische Bevölkerung zum Hass und der Verachtung der Mitmenschen preiszugeben suche. Er halte dafür, daß Abwehrmaßnahmen dagegen zu treffen seien. Eine andere Frage sei aber, ob trotzdem diese Schrift unter das bernische Schundliteraturgesetz falle. Nach seiner Auffassung diene dieses Gesetz in erster Linie zum Schutz der Jugend vor Schund und Schmutz. Den »Protokollen« dagegen komme in gewissem Sinne der Charakter einer politischen Schrift zu. Er könne sie daher nicht als unter des Schundliteraturgesetzes fallend ansehen. In diesem lediglich formalen Sinne beantrage er einen Freispruch mangels objektiven Tatbestandes. Das Gericht schloß sich diesem Antrag des Staatsanwalts an und betonte in der Begründung des Urteils, das bernische Schundliteraturgesetz habe nur einen engbegrenzten Geltungsbereich, indem es zum Schutz der Jugend unsittlich oder erotisch obszöne Schriftwerke von der Verbreitung ausschalten wolle. Da nun aber die »Zionistischen Protokolle« eine politische Streitschrift seien, könne dieses Gesetz auf dieses Druckerzeugnis keine Anwendung finden.

Angesichts des Aufsehens, das dieses Urteil im In- und Auslande erregte, wurden nachträglich von offizieller Seite aus der Urteilsbegründung folgende Einzelheiten mitgeteilt und von der Schweizer Telegraphenagentur verbreitet:

»Das Gericht der zweiten Instanz hat erklärt, daß jedenfalls nicht der geringste Beweis für die Authentizität der »Protokolle der Weisen von Zion« erbracht worden ist und daß ferner mindestens die Hälfte der sogenannten »Protokolle« ein Plagiat darstellt. Die »Protokolle der Weisen von Zion« und die beiden andern inkriminierten Schriften sind politische Pamphlete gegen die Juden. Diese Art von Antisemitismus, die im Dritten Reich zur Staatspolitik erhoben worden ist, sollte von einer bestimmten Sorte von Menschen auch in die Schweiz eingeführt werden, wenn das Schweizer Volk sich nicht rechtzeitig seiner stolzen Ueberlieferung im Sinne des Artikels 4 der Schweizer Verfassung, der die Gleichberechtigung aller Bürger einschließlich der Juden beinhaltet, bewußt geworden wäre. Die genannten Pamphlete sind eine auf tiefster Stufe stehende Literatur, aber nicht im Sinne des Gesetzes vom 10. September 1916

über die unsittliche Literatur, durch die die Jugend gefährdet werden könne.«

Aus alledem ergibt sich folgende groteske Situation: Das Obergericht stellt sich, — obwohl es in der Rede des Staatsanwalts und in der Urteilsbegründung nicht an scharfen Ausfällen gegen die Vorrichter und die Gutachter fehlt — voll und ganz auf den Boden der Erkenntnisse, die dem Berner Prozeß vom Mai 1935 seine große geschichtliche Bedeutung verliehen haben; ebenso wie die Vorinstanz bezeichnet es die »Protokolle« als Fälschung und Plagiat, als Hetzschrift gegen die Juden, als Schundliteratur übelster Art — es hebt aber trotzdem (entgegen

Inlande, sondern auch als außenpolitisches Zersetzungs- und Erpressungsmittel in den nordafrikanischen Kolonien, in Vorderasien, am Balkan usw. handhaben. (Gleichzeitig dienen aber auch, wie schlagend nachgewiesen worden ist, die fälschlich den Juden zugeschriebenen amorali-schen Grundsätze der »Protokolle« als Leitfaden der nationalsozialistischen Politik.) Tausende von Menschenleben sind dieser diabolischen Hetze bereits zum Opfer gefallen, unzählige Verbrechen sind unter Berufung auf die gefälschten »Protokolle« begangen worden, und nur völlige Weltfremdheit und Unkenntnis der Geschichte konnten das Berner Ober-

als ein wahres Gottesgeschenk ansehen und dementsprechend auswerten. Am Tage nach der Urteilsverkündung füllte der »Völkische Beobachter« seine zwei ersten Seiten fast völlig mit Berichten und Artikeln über das Berner Urteil. Auch am folgenden Tag feierte er die »Niederlage des Weltjudentums im Berner Prozeß«.

Ueberflüssig zu sagen, daß die Feststellungen des Obergerichtes, die sich mit denen der Vorrichter decken, hier wie in der gesamten kommandierten Presse glatt unterschlagen werden. Hervorgehoben wird lediglich die Tatsache des Freispruchs der angeklagten »Frontisten«, der als Beweis für die Echtheit der »Protokolle« angeführt wird —

ein Beweis mehr dafür, wie verhängnisvoll sich der Spruch des Berner Obergerichtes in Deutschland auswirkt, wo ohne Zweifel ein Ansteigen der antisemitischen Haßpropaganda, gleichzeitig aber auch eine Verstärkung der von dort aus geleiteten antisemitischen Zersetzungsarbeit in anderen Ländern zu erwarten ist.

Wie ist dieser Seuche entgegenzuwirken? Vor allen Dingen dadurch, daß man den mit den »Protokollen« verbundenen Tatsachenkomplex nicht als eine interne »jüdische Angelegenheit« betrachtet, sondern als ein wichtiges Glied in der Kette der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik. Wir haben in den Jahren der Weimarer Republik in dieser Beziehung manches versäumt, jetzt gilt es, in verstärktem Maße die Zusammenhänge zwischen dem pathologischen Antisemitismus der regierenden Nazis und ihrer rüberischen Innen- und Außenpolitik aufzudecken. Der Berner Prozeß von 1935 (über den ein gedruckter Bericht des gerichtlichen Sachverständigen C. A. Loosli vorliegt) und im Anschluß daran die aufsehenerregende Schrift von Alexander Stein »Adolf Hitler, Schüler der Weisen von Zion« (Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad 1936, auf die alle späteren Bearbeiter des Themas aufgebaut haben), haben in dieser Beziehung wertvolle Vorarbeit geleistet. Es gilt nun, die hier gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten und weiter auszubauen — dann wird auch der Schaden, den der Spruch des Berner Obergerichtes verursacht hat, wieder gutgemacht werden können.

Das letzte Aufgebot

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« veröffentlicht in ihrer Nummer 520 eine Reportage über die Reichsfachschule für Bäcker und Konditoren in Berlin. Lobend wird hervorgehoben:

»Kampf dem Verderb! Nichts, aber auch gar nichts kommt an dieser Stelle um. Nicht einmal das — Abwaschwasser zusammen mit dem Teigwasser, den Eierschalen und dem »Fußmehl« — dem auf dem Boden der Backstube haftenden Mehlstaub — ergibt es, leicht dextriniert, ein Hühnerfutter, das dem Weizenkorn gleichzustellen ist.«

Noch ein paar Schritten zur Autarkie hin, und das Abwaschwasser wird auch bei der Menschenfütterung mit den Weizenkörnern gleichgeschaltet. Dann bekommen es die Volksgenossen — auf Flaschen gezogen und als »Morgentranke« etikettiert — ins Haus geliefert.

Der Reichsinnenminister hat verfügt, daß künftig alle Registraturen in den Aemtern und Privatbüros in wesentlich kürzeren Zeitabständen als bisher auf entbehrliche Bestandteile durchzusehen sind. Die »Durchführung der Anweisung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Erfassung von Altpapier« mache diese Maßnahme erforderlich. — Die Materialnot greift also schon auf die Aktschränke über. Zunächst handelt es sich allerdings nur um Papier. Die Lampen werden noch in den Amtsstuben belassen.

Die »wilden Kleingärtner« sollen, wie das Organ des »Deutschen Gemeinde-

Preis 20 Schilling

Der Stürmer

sonder-Nummer
jedes Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Heft 5
Kürschners
Reichsparteitag 1936
1936

Weltverschwörer

Die enthüllten Geheimnisse der Weisen von Zion

Das große Rätsel

Der Weltverschwörer 1936...
Das große Rätsel...
Die Weisen von Zion...
Der Stürmer

Das auserwählte Volk



Den Selten, der die Menschheit anleitet / Hat nur der Teufel auserwählt

Die Juden sind unser Unglück!

dem klaren Sinn des Artikels 14 des Schundliteraturgesetzes) die »Protokolle« aus der Wirkung dieses Gesetzes heraus, weil nach seiner Interpretation eine Schmutz- und Schundschrift, geboren aus Fälschung und Plagiat, aus Lug und Trug und übelster Verleumdung, im un n wird, solange sie, über den Rahmen einer pornographischen Literatur hinausgehend, den Charakter einer politischen Hetzschrift annimmt.

Besonders merkwürdig erscheint diese Auffassung des Berner Obergerichtes gegenüber den »Protokollen der Weisen von Zion«, von denen feststeht, daß sie nicht nur unter dem Zarismus und während der Aufstände der »weißen« Generale in der Ukraine Tausende von Opfern forderte, sondern daß sie vor allem nach der Etablierung des Dritten Reiches zu den wichtigsten Hetzschriften der Nationalsozialisten im In- und Auslande gehören. Würden die »Protokolle« schon im Jahre 1922 im Urteil des Reichsgerichts gegen die Mörder Walter Rathenaus als »Bibel der Rathenaumörder« bezeichnet, so können sie jetzt mit Fug und Recht als Bibel der nationalsozialistischen Gewaltpolitiker bezeichnet werden, die die antisemitische Pogromhetze nicht nur als Regierungsmaxime im

gericht veranlassen, zu verneinen, daß diese Schrift, wie es im Artikel 14 heißt — geeignet ist, »zur Begehung von Verbrechen anzureizen oder . . . eine verrohende Wirkung auszuüben.«

Um ein Beispiel aus letzter Zeit anzuführen, reproduzieren wir obenstehend das Titelbild einer Sondernummer des »Stürmer« zum Naziparteitag im September 1936, die eine Neufälschung der gefälschten »Protokolle« nebst sonstigem Hetzmaterial enthält. Neben den »Protokolle«-Ausgaben von Gottfried zur Beek, Theodor Fritsch und Alfred Rosenberg, die in Millionenaufgaben in allen möglichen Sprachen von der Erfurter Zentralstelle der antisemitischen Weltliga nach allen Ländern versandt werden, fällt dieser Sonderausgabe, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet wurde, offenbar die Aufgabe zu, die jüngsten weltpolitischen Ereignisse in das Schema hineinzupressen, wonach alles Unheil in der Welt auf die »jüdische Weltverschwörung« und auf das Wirken der »Weisen von Zion« zurückzuführen sei.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß die Nazis den Berner Freispruch

Ideologische Kapitulation

»Wir haben alles«

tags« mittelt, künftig gezwungen werden, dem nationalsozialistischen »Reichsbund der Kleingärtner« beizutreten. Sie sollen dort erstens Mitgliedbeiträge zahlen und zweitens »fachlich so geschult werden, daß sie allesamt geeignet sind, das ihnen anvertraute Stück Land so zu bewirtschaften, wie es die deutsche ernährungspolitische Lage verlangt.« — Wer auf seinen vier Quadratmetern weiter Veilchen statt Kohlrüben züchtet, kommt in die Greuelausstellung für entartete Gartenbaukunst.

Unterernährte — antreten!

In der deutschen Jugend mehren sich die Fälle von Unterernährung und Ueberanstrengung derart, daß viele Schulentlassene körperlich nicht imstande sind eine Lehrstelle anzunehmen oder, falls sie es doch versuchen, nach kurzer Zeit versagen. Die HJ gedenkt dem Elend der Vierzehn- und Fünfzehnjährigen durch »Freizeitlager« abzuhelfen. Die »Preussische Zeitung« (Nr. 304) berichtet stolz über Besuch und Verlauf einer derartigen Veranstaltung. Ort der Handlung: eine Schlafbaracke, zwei alte Bauernhäuser in einem ostpreussischen Dorf.

Am 30. Oktober waren 22 Jungen aus dem Inspektionsbereich Süd des Bannes Königsberg (1) der HJ in diese Jugendherberge eingezogen und hatten sie so gleich mit frischem, fröhlichem Leben erfüllt.

Es ist das fröhliche Leben und Treiben unterernährter Kinder:

»Kaum glaublich klingt es, daß einer von ihnen mit seinen 13½ Jahren bei der Schulentlassung nur 57 Pfund wog und ein anderer im gleichen Alter nur 72 Pfund. Zur Arbeit in einer Lehrstelle waren diese Jungen natürlich nicht zu brauchen, da sie den Anforderungen eines Berufs wohl kaum gewachsen waren. Einer der 22 Hitlerjungen, die es sich in Gr-Dirschkeim häuslich gemacht haben, wird schon seit April von einem Lager zum anderen geschickt, weil es für nötig gehalten wurde, daß er diese Zeit gesunden Lebens hinter sich bringt, ehe er eine Stelle als Laufbursche und später eine Schloßerlehre bekommt.«

Daß dieses Kind nach sieben Monaten »Freizeit« noch immer arbeitsunfähig ist, begreifen wir sehr gut, wenn wir den folgenden Dienstplan betrachten:

»Der Tag im Freizeitlager Gr-Dirschkeim verläuft ganz ähnlich, wie es in den Sommerzeitlagern der HJ zu sein pflegt. Zwar ist die Jahreszeit ungewöhnlich, aber der Lagerführer, Gefolgschaftsführer Raabe, hat den täglichen Dienstplan so eingerichtet, daß sich nicht nur niemand erkälten kann, sondern daß die frische und herbstliche kühle Luft allen wohltut. Um 7 Uhr beginnt der Tag mit dem Wecken, dem Frühstück, der sich in seiner Art ganz nach dem Wetter richtet, dem Waschen, dem Bettenbau und allen sonst notwendigen Arbeiten zur Reinigung und Reinlichkeit. Nach der Flaggenparade und dem Frühstück beginnt die Schulung, die bisweilen auch durch Besichtigungen oder Schießen abgelöst wird. Dann kommt das Mittag-

In großen Dingen schlau zu sein und das Nichtaussprechen dessen, was ist, gehört wohl zu den Merkmalen aller unschöpferischen Bewegungen, deren Ideologie sich teils aus Geschrei, teils aus erborgten Bestandteilen gegnerischer Weltanschauungen zusammensetzt. Ja, man kann geradezu die ideenmäßige Kraft einer Bewegung daran erkennen, wie weit sie sich zu ihren Prinzipien und Doktrinen bekennt, offen bekennt und im Gegensatz zu gegnerischen Idealen.

Nirgends wirkt der Nationalsozialismus schwächer, als im Verfechten seiner Prinzipien, seiner Doktrin. Wirklich bekennend und prinzipientreu ist er eigentlich in punkto Rassenmumpitz. Auf allen anderen Gebieten seiner Ideologie weicht er zurück, wenn er gestellt wird. Prallt seine sozusagen Gedankenwelt mit den Vorzügen gegnerischer Systeme zusammen, so ist er geneigt zu schreien: »Das haben wir auch, das haben wir auch!« Ein Zeichen auffälliger Knie-schwäche, innerer Schwäche und frühzeitiger Arterienverkalkung. In seiner jüngsten Berliner Rede hat Göbbels den ausländischen Journalisten zugerufen: »Sie schreiben, es gibt keine Freiheit in Deutschland, aber wir sind nicht weniger frei als andere Länder.« Alles, was gesagt werde über mangelnde Freiheit in Deutschland, erklärte der Oberlügenführer für lächerlich. Das ist nicht neu, aber diese wiederholte Ablehnung öffentlicher Tatsachen wirkt allmählich hilflos, schwächlich, senil.

Was gibts in anderen Ländern überhaupt an Errungenschaften, die »wir« nicht haben? Demokratie? Wir auch, siehe die »Volksabstimmung«... Kontrolle durchs Parlament? Wir auch, siehe Kroll-oper. Humanität, Menschlichkeit — wir auch. Auf unserem Wege liegt kein von uns Gemordeter, sagt Hitler. Alles, was sie im Alltag beschimpfen, wovon sie Deutschland endgültig gereinigt haben — sie haben es auch, sobald die Wichtigkeit des Vernichteten ins Licht der Weltdebatte rückt. Junges Volk, wir auch! Alte Kultur, wir auch! Nicht aussprechen dessen, was ist! Das geht bis in die Gefilde der Kunst, das

geht durch alle Instanzen. Wie die Alten sungen, so zwitschern schon die Jungen. In der Hitlerjugend-Zeitung konnte man längst lesen:

»Wie aber sollen wir denen auf den Pflüsch-sofas und hinter den Türsitzen klarmachen, daß wir Goethe lieben, daß wir nicht nur singen, sondern auch still und nachdenklich sein können.«

Ja, wie soll mans ihnen klar machen, nachdem man seit vier Jahren die Kultur- und Intelligenzbestie beschimpft und das Marschieren als Sinn des Lebens erklärt hat. Still und nachdenklich — wir auch. Soldaten mit Lyrik. Was gibts noch, was sie nicht sind, wollen, tun und denken?

Man könnte sich auch eine andere Taktik denken: Bekennen, in den großen Dingen der Weltanschauungskämpfe zu den eigenen Prinzipien stehen. Etwa: Jawohl, wir haben die staatsbürgerliche Freiheit abgeschafft, um größere außenpolitische Freiheit der Nation zu erringen. Wir haben jegliche Demokratie vernichtet, damit das neue Regime rascher handeln kann. Wir müssen Geist und Geistigkeit fesseln, weil die Nation durch Barbarismus rascher zu großen Zielen kommt. Darum unsere Anbetung des Animalischen, darum müssen Kunst, Kultur, Humanität einstweilen leiden.

Warum die Scheu vor solchen Bekenntnissen, solichem Aussprechen dessen, was ist? Die Erklärung liegt in dem Gesetz, nachdem sie angetreten in ihren phantastischen Versprechen und in der »Erbmasse«. Von den Versprechungen braucht heute nicht mehr geredet zu werden, und die Erbmasse ist ein Volk, das durch die Errungenschaften der »liberalistischen Zeit« gegangen ist. Der »totale Staat« bleibt ja doch ein hohler Koloß, der alle sozialen und ideologischen Gegensätze unseres Jahrhunderts im Leibe hat, ohne die Gegensätze meistern zu können. Er flucht der französischen Revolution und haßt sie wie die Pest, weil er weiß, daß er die Erklärung der Menschenrechte nie rückgängig machen kann. Seit 1789 ist keine europäische Despotie damit fertig geworden. Darum versucht es der »totale Staat« mit neuen Mitteln. Die Despoten alten Stils er-

klärten offen, daß staatsbürgerliche Freiheit zur allgemeinen Anarchie führen müsse, und daß zur Verhinderung dessen einer von Gottes Gnaden eingesetzt sei. Der neue Despot versucht es mit der optischen Täuschung: Haben wir alles viel besser, viel moderner wie die anderen. Die Menschenrechte in dynamischer Ausgabe. Ja, wir haben auch die Menschenrechte sogar vorm Bolschewismus gerettet! Das vermehrt jenen babylonischen Sprachenwirrwarr, den die Kurfürscher und Betrüger brauchen.

In der Nazi-Partei hat es nie so etwas wie Meinungsfreiheit, geschweige denn prinzipielle Diskussionen gegeben. Es gab nur Parolen, nie politische Grundsätze. Der Nazi weiß überhaupt nicht, was das ist. Das Wort Grundsatz gehört zu jenen Begriffen, die in seinem Vokabular keinerlei Rolle spielen. Die NSDAP darf als die prinzipienloseste Partei gelten, die man in den letzten hundert Jahren erlebte. Darum gibt es auch keine Auseinandersetzung mit irgendwelcher brauner Theorie es sei denn die des Rassenmumpitzes. Diese jedoch ist noch nicht fertig. Die rassepolitischen Ausschüsse sichten noch Material Das jämmerlichste Minimum Meinungsfreiheit bedeutete den Tod des Dritten Reiches. Der Nazi kann keiner prinzipiellen Diskussion standhalten, da er alles Grundsätzliche längst preisgegeben hat. Als der Hitlerismus die Humanität mundtot machte, mußte er geistig vor ihren Hauptartikeln kapitulieren. Schon daran muß er zugrunde gehen, denn Worte und Begriffe aus dem Arsenal der Freiheit haben eine unzerstörbare Kraft. Erst recht, wenn sie verfolgte Ideen ausdrücken. Verboten man solche unbequeme Begriffe, so erhalten sie den Reiz, den Magnetismus des Verbote-nen; verliebt der Demagoge sie dem eigenen Jargon ein, so höhnen sie dessen Jargon mit ihrem stärkeren Leben aus. In großen Dingen der Weltanschauung schlau sein zu wollen, nicht auszusprechen was ist und sich mit Lügen durchzufretten, bleibt in der Politik — auf die Dauer gesehen — das Schwächlichste und Armseligste, das es gibt. Eine gutgebaute Lüge kann zwar lange halten, aber ein ganzes Lügegebäude nicht. B. Br.

essen, danach die wohlverdiente Freizeit und schließlich beginnt der Dienst des Nachmittags...«

Die schwächlichen Jungen »aus den ärmsten Stadtvierteln Königsbergs« blieben vier Tage im Lager — für eine Erholung zu wenig, aber zum Krankwerden zweifellos genug. Die Regimentsärzte des Weltkrieges waren dafür bekannt, daß sie jeder Krankheit, solange der Patient noch nicht zusammengebrochen war, mit zwei Mitteln zu

Leibe rückten: mit Aspirin und Rhizinusöl. Die deutsche Jugend von heute ist wieder eine Kriegsjugend, und ihre HJAerzte kennen für kranke und schwache Kinder gleichfalls nur zweierlei Medizin: Marschieren und Schießen. Wenn die Kur durch Herbstwetter, Flaggenparaden, verspätetes Frühstück und hartes Lager verschärft wird, kann es am Erfolg gar nicht fehlen — bis der Patient eben zusammenbricht.

Druckfehlerberichtigung. Im Text von Louisa »Testament« (in Nr. 230 des »N. V.«) ist in dem Satze: »Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki... nicht nur durch seine hervorragenden Fähigkeiten aus«, das Wort »nur« versehentlich ausgefallen. Wir berichtigen dies, um falschen Auslegungen dieses wichtigen Satzes vorzubeugen.

Die Fischmanns

Leben und Sterben der Ostjuden hat keiner saftiger geschildert als Schalom Asch, keiner hat dieses Milieu gültiger gezeichnet. Bäuerlich-kleinbürgerliche Primitivität auf der einen, jüdische Intelligenz und Ueberlegenheit auf der anderen Seite — aus diesen Gegensätzen erwachsen jene Spannungen und Explosionen, die dem Ostjudentum seit je den Stempel des Gehetztseins, des Martyriums, des Ghettohaften aufdrückten.

Auf diesem Boden beginnt auch der Roman »Die Fischmanns« (Albert de Lange-Verlag). Der Dichter ist ein junger emigrierter Schriftsteller, H. W. Katz. Um seine galizische Judenfamilie Fischmann strudelt die Unwissenheit analphabetischer Bauern, antisemitischer Verhetzung und ewige Pogromstimmung. Vorkriegszeit, österreichische Herrschaft, für die Juden verschärft durch behördliche Schlampelei. Ein Pogrom kostet die demagogischen Anstifter nichts. »Noch nicht krepert, Jidd?« — das ist ein täglicher Gruß auf den Straßen von Stroyd am Stroyj. Jüngere Juden, des aufreibenden Kampfes müde, wandern aus. »Es war eine glückliche Zeit: keine Visa, keine Einreisebewilligung, keine Einwanderungsformalitäten. Der Mensch, der verfolgt wird, der gehetzt wird, der sich retten muß, kann sich retten, darf sich retten...« Jossel Fischmann geht von Vater und Mutter, Weib und Kind, wandert aus nach Amerika. Seine Familie soll dereinst nachkommen. Der Krieg führt dazwischen, Jossel will seine Familie holen, wird in die österreichische Armee gepreßt. Seine Frau und seine Kinder verschlägt

das große Völkermorden nach Deutschland. Jossel sucht nach seiner Familie; er ist kein Soldat, will keiner sein, er wollte seine Familie holen... Als Urlauber steht er am Grab seiner Eltern in Leitmeritz; als Urlauber, ein verfallener ergrauter Dreißiger, sieht er Frau und Kinder wieder. Die Frau, von Arbeit, Sorgen und grauer Vergangenheit zermürbt, will ihn nicht wieder in das große Morden hinaus ziehen lassen, stiehlt sich in ein Fieber hinein, stirbt. Gewehr und Tour-nister auf dem Rücken, so begräbt Jossel die Dreißigjährige. Die Kinder kommen »in Pflege.«

Das wird in der Ich-Form erzählt, mit Trauer, mit Humor, mit bitterer Ironie, wahrhaftig und ohne Beschönigung des eigenen Lagers. Erinnerungen eines gereiften Mannes, der das bewegte, bedrückende Leben seiner Kindheit auferstehen läßt. Die Gestalten des Buches, sonderbare Käuze die meisten, haben ihre eigene Farbe, manche sind mit epischer Breite hingepinselt, aber das Tempo der Handlung stockt nirgends. Keiner Episode mangelt das pralle Licht des Gesehenen und Erlebten. Ein Wunder ist, das all die Gejagten nicht in dumpfem Menschenhaß versinken. Noch im tiefsten Dunkel gilt von ihnen, was von Jossel gesagt wird: »...daß sein Herz, obwohl übervoll von ungeweinten Tränen, nie zu lieben aufhörte...« Welch ein unerhörtes Märchen für ihn, als er in Amerika mit »Herr« angeredet, als gleichberechtigter Bürger behandelt wird.

Ein Sinnbild für hundertaufende Mütter bleibt Lea, Jossels Frau, deren Eltern und Brüder in Kischinew erschlagen wurden und

die mit ihren Kindern durch den Wirbel des Krieges flüchtet, bis sie in Deutschland ein armseliges Bleiben findet. Sie stirbt, weil sie das Gewicht dieses Daseins, dieser drückenden Vergangenheit und blutigen Gegenwart nicht mehr tragen konnte. Und sie sah immerhin noch jene anständige Zeit, in der auf deutschen Straßen noch nicht hepp hepp! gerufen wurde, in der ihr deutsche Menschen, deutsche Beamte gern und freudig halfen und helfen durften — zumal in den Schützengruben Arier und Nichtarier das gleiche Recht zum Sterben hatten. Der Jude wurde offiziös noch nicht gebraucht, um mit ihm alle Uebel der Welt zu erklären; Wilhelms Regierungen kamen ohne den dümmsten Appell an die Dummheit aus.

Der Dichter H. W. Katz wurde in diesem vorbarbarischen, anständigeren Deutschland zum Manne; er ist einer der Fischmanns und war, als der Vetter galizischer Analphabetentums in Deutschland zu regieren begann, jüngstes Redaktionsmitglied der »Welt am Montag«. Darum blieb für ihn, den organisierten Sozialdemokraten, nur Konzentrationslager oder Exil. Er ging nach Frankreich, schlug sich mit Geschirr abwaschen, Stunden geben, Gelegenheitsarbeit durch. Dazwischen entstand das Buch seiner Kindheit. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller in Paris prämierte es mit dem Heinepreis für 1937. Es schließt etwas unvermittelt, weil es als erster Band einer Trilogie der Heimatlosigkeit gedacht ist. Von diesem Thema erhält der Roman sein aktuelles Gewicht und Gesicht: ein Dichter beleuchtet darin den Leidensweg eines ganzen Volkes, die Leidensstraße aller Heimatlosen. R. G.

Eine Marx-Biographie

Die Marx-Biographie von B. Nikolajewski und O. Maenchen-Helfen liegt jetzt auch in französischer Sprache vor,* nachdem eine englische und eine amerikanische Ausgabe bereits erschienen sind. Es ist zu hoffen, daß nunmehr auch bald die deutsche Originalfassung des Buches vorliegen wird, denn gerade die deutschen Sozialisten in der Emigration brauchen ein Werk, wie das von Nikolajewski und Maenchen-Helfen.

Diese Darstellung von Marx' Leben ist eine wirklich neue Marx-Biographie. Es werden nicht nur eine Fülle von bisher unbekanntem Details zusammengetragen; oftmals werfen die Quellenstudien der Verfasser ein ganz neues Licht auf Marx' Anschauungen und auf die Geschichte seiner Zeit. Was schon den Reiz früherer Bücher von Nikolajewski ausmachte, erhält gerade gegenwärtig ein noch erhöhtes Interesse: seine Kenntnis von zeitgenössischen Polizeiakten und -Berichten, die Darstellung der Zusammenhänge zwischen revolutionären Organisationen und Tätigkeit der Polizeispitze sind von einer oft geradezu überraschenden Aktualität. Daneben haben in erster Linie die vor dem Zugriff des Hitler-Terrors geretteten Archive der Deutschen Sozialdemokratischen Partei den Verfassern wertvolles Material geliefert. Wie schon in der Engels-Biographie Gustav Meyers, belebt die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Marx, Engels und ihren Kampfgenossen die Darstellung des bewegten Lebens.

Die Verfasser haben es sich zur Aufgabe * N. R. F. Gallimard, Paris 1937.

Die Arbeit ist wieder geadelt

Früher, in den 14 Jahren der Schmach, hatte sich bei den Behörden unter anderen Lasten auch die verwerfliche Gewohnheit eingeschlichen, bei öffentlichen Ausschreibungen jeweils den billigsten Kostenschlag zu berücksichtigen, statt dem Gewerbetreibenden den Vorzug zu geben, der mehr Geld haben wollte, dafür aber eine volksverbundene Arbeit zu leisten versprach.

Das ist durch das Dritte Reich Gott sei Dank geändert worden. In der die Frage regelnden Verfügung, die 1934 erlassen wurde, hieß es, der Auftrag solle nicht mehr dem erteilt werden, der den niedrigsten Kostenvorschlag einreichte, sondern dem, der einen guten Mittelschlag bringe. Diese Verfügung erfüllte ein Versprechen, das die NSDAP dem mittelständlerischen Unternehmer gegeben hatte. Sinn der Maßnahme sollte es sein, den Handwerker und kleinen Kaufmann vor Unsolidität zu bewahren. Und so wird nun die Sache auch gehandhabt. Ja, Kuchen!

Die Handhabung zeigt die »Preussische Zeitung« Nr. 297 unter der düsteren Überschrift:

»Drei wollten den Staat bewuchern. Ein vierter aber machte ein ehrliches Angebot.«

Eine Reichsbehörde hatte in einer Gegend Ostpreußens, die über 100 Kilometer weit von Königsberg entfernt ist, Lasttransporte für längere Zeit zu vergeben; die Strecken für die Ab- und Anfuhr gingen über etwa 20 Kilometer von der betreffenden Kreisstadt nicht hinaus, lagen also in derselben Gegend. Die Reichsbehörde forderte drei Lastfuhrunternehmer in der Kreisstadt nach den Grundsätzen des Verdingungswesens auf, Preisangebote für die Ausführung dieser Arbeiten zu machen. Die Angebote zweier dieser Firmen lagen über 100.000 Mark, das der dritten Firma erreichte 100.000 Mark nicht ganz. Um Gewißheit darüber zu haben, ob die Preise angemessen seien, ersuchte die Reichsbehörde noch einen ihr als zuverlässig und für die Ausführung der Arbeiten als geeignet bekannten Lastfuhrunternehmer in Königsberg, eine Preisstellung im Rahmen der Verbindungsordnung zu machen. Dieser blieb mit seinem Gebot etwas unter 30.000 Mark; er verlangte also weniger als den dritten Teil des niedrigsten Gebotes der anderen Gruppe. Darauf erhielt er den Zuschlag.

Nun wohnte der mit dem volksverbundenen billigsten Anschlag unglücklicherweise in Königsberg, während die Fuhrn in einem weit entfernten Teil Ostpreußens auszuführen waren. An diesem Ort tätig zu werden, verbot dem Billigsten die gleichfalls vom Dritten Reich erlassenen Güterfernverkehrsbestimmungen mit klaren Worten. Diese Bestimmungen wieder sollten den biedereren Grundsätzen zum Durchbruch verhelfen: »Bleibe im Lande und nähre dich redlich.« »Handwerk hat einen goldenen Boden«, und was dergleichen Sprichworte mehr sind, die die Germanen erfunden haben, lange ehe es Benzin gab.

Und so lief eines Tages bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige gegen den Königsberger Unternehmer ein, er habe die Bestimmungen über den Güterfernverkehr übertreten. Er durfte nämlich ohne behördliche Zulassung so weit von Königsberg entfernt in regelmäßigem Verkehr den Lastzug nicht laufen lassen.

gemacht, in erster Linie Marx als Strategen des Klassenkampfes zu schildern; in einer Epoche, in der weltumspannende Bündnisse zur Bekämpfung des »Marxismus« geschlossen werden, in der auf der anderen Seite die Arbeiterbewegung in unzählige Parteien und Gruppen gespalten ist, die alle behaupten, im Besitz des »wahren Marxismus« zu sein, ist es in der Tat wichtiger als je zu zeigen, wie der Begründer des wissenschaftlichen Marxismus zu allen Problemen seiner Zeit Stellung nahm. Auf fast jeder Seite des Buches entdecken wir, daß oftmals die gleichen Probleme auch heute stehen, daß lebendiger Marxismus nirgends deutlicher darzustellen ist, als an Hand von Marx' Leben und Anschauungen.

Fast während seiner ganzen politischen Tätigkeit hatte Marx sich mit jenen »ultralinken« Schwärmern auseinandersetzen, die ihre eigenen Wünsche für die Realität nehmen, mit jenen Sektierern, die an die Stelle der Klassenbewegung die unheilvolle Spielerei von Geheimgesellschaften setzen möchten. Mögen die Gegner Marx' und Engels Gottschalk, Weitling, Schapper, Willich, Bakunin oder Netchajew heißen: es geht immer um die gleiche, auch heute noch nicht beendete historische Auseinandersetzung zwischen einem wissenschaftlich begründeten Realismus und einem haltlosen Idealismus. Die Kapitel der neuen Biographie, die diese Kämpfe schildern, sind besonders lebendig; sie lassen die ganze Epoche des mühevollen Aufbaues der internationalen Arbeiterbewegung wieder wach werden. Ebenso anschaulich werden aber auch die Bemühungen Marx' dargestellt, bürgerliche und reformistische Anschauungen über

Die Ehrenplatte von Oxford

Eine Kurzgeschichte vom gründlich mißverstandenen Gentleman

Das New College der Universität Oxford in England, in dem viele junge Deutsche vor dem Weltkriege studierten, hatte schon während des großen Völkermordens an der Fassade der Universitätskirche eine Gedenktafel für die gefallenen deutschen Kommilitonen anbringen lassen, die nunmehr im flandrischen Dreck und Blut ihren britischen Freunden von einst Auge in Auge als Totfeinde gegenübergelegen hatten: Die Inschrift auf der Platte besagt herb und männlich: »In Memoriam of the men of this college, who coming from a foreign land entered in the inheritance of this place and returning fought for their country in the war 1914—1918.« (»Im Andenken an die Männer dieses Universitätskollegs, die, aus fremden Lande kommend, in das Erbe dieser Stätte mit eingingen und zurückgekehrt in ihre Heimat, für ihr Land während des Krieges von 1914—1918 fochten.«) Damit nicht genug! Ritterliche britische Gesinnung war auch tapfer genug, während des Krieges ein kurzes tägliches Gebet in der Universitätskirche für diese deutschen Freund-Feinde sprechen zu lassen.

Nun ist die Platte jüngst auch von einer

Abordnung nationalsozialistischer Studenten, die nach Oxford kamen, besichtigt worden. Und der Universitätsrektor, ein Mr. Fisher, hat den jungen Leuten Kenntnis von dem Gebet gegeben, daß hier akademischer Kirchengebrauch war... So weit, so schön! In Oxford selbst mag die deutsche Deputation, im neuen Hitlergeist gründlich erzogen, mit betretenem Schweigen davon Kenntnis genommen haben. Nicht so in Deutschland, gleich nachdem sie zurückgekehrt war! Denn im Organ des »Deutsch-Akademischen Austauschdienstes« in Berlin, einer hundertprozentigen Nazibehörde, befindet sich jetzt der vom Reiseleiter, Privatdozent Heinrich Rogge, erstattete Rapport über die Oxfordreise an das Reichsunterrichtsministerium. Das Erlebnis mit der Ehrenplatte und dem Kirchengebet kann Herr Rogge nicht gut ganz verschweigen; er muß aber auch dem »Führer« dartun, daß der »echte nationalsozialistische Geist« seiner Reise-Betreuten keineswegs unter so lächerlichen pazifistischen und liberalistischen Erlebnissen gelitten hat. Also weist er in der genannten deutschen akademischen Zeitschrift des Langen und des Breiten nach, daß

ja eigentlich diese Engländer die Platte nur deshalb gestiftet haben, weil sie ihr besonders böses Kriegsgewissen hätten überhäufen wollen. Bekannt sei ja, wie gerade die Engländer ein ganz besonders infames Kriegsrecht — gegenüber dem natürlich noblen und ritterlichen der Deutschen! — entwickelt hätten. Die Platte sei nichts als ein steingewordenes Stück des »perfiden Albions« mit seinem »cant« in des Wortes reinsten Bedeutung. Und das mit dem Kirchengebet? Nun ja, meint Herr Rogge, der Oxfordrektor habe ja wohl die Christlichkeit dieser Einrichtung betont — aber:

... »die Deutschen respektierten diese Deutung. Es darf aber nicht übersehen werden, daß hier eine eigentümliche Zweideutigkeit des Gebetes vorliegt. Denn es handelt sich bei diesem Gebet und bei diesem Gedenkstein nicht um das christliche Gebot der Feindseliebe, sondern um eine einfache Bejahung der Freundestreue...«

So hat man sich also glänzend vor Hitler salviert. Jawohl, nur nicht schwach werden! Die moralische Kopfjäger hat für wirkliche Gentleman kein Verständnis.

Den Freispruch verkündete dann ein Amtsgerichtsamt mit dem Namen Siegfried und unter folgender Begründung:

Wäre er nicht gewesen, so würde die Reichsbehörde die Mindestforderung der anderen Gruppe angenommen haben. Die drei Firmen haben mit ihren großen Forderungen den Versuch gemacht, das Deutsche Reich zu überwuchern. Man kann ein solches Beginnen ruhig ehrlos nennen. Jedenfalls hat der Angeklagte verhindert, daß das Reich mit mindestens 70.000 Mark überbetuert wurde. Einen Mann, der dem Staate so genützt hat, zu bestrafen, würde dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes widersprechen.

Also: nie mehr das billigste Angebot, oder wenn ja, dann sind die einen Wucherer und der andere ist ein eingeschriebenes Mitglied.

Hitlerregime ohne Schminke

So ist der braune Alltag...

»Seit vielen Jahren war L. aus Köln für eine Gummifabrik in Köln als Reisevertreter tätig. Als er vor einiger Zeit einen Kunden besuchte, um Bestellungen auf die von seiner Firma hergestellten Waren zu erlangen, verhandelte er mit einer Angestellten, zu welcher er sich, als sie erklärte, wegen Geschäftsstille keine Bestellung gemacht werden, dahingehend äußerte, es liege was in der Luft; die Mark werde demnächst nur noch dreißig Pfennige wert sein, wie er in einer ausländischen Zeitung gelesen habe. Diese Äußerung wiederholte L. auch gegenüber einem anderen Verkäufer. Nachdem L. zur Anzeige gebracht worden war, wurde er vom Sondergericht auf Grund des

Heimtückegesetzes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Als L. wie in früheren Jahren eine Legitimationskarte zur Ausübung seines Berufes beantragte, erhielt er vom Polizeipräsidenten einen abschlägigen Bescheid, da L. in politischer Beziehung nicht zuverlässig sei. Die von L. erhobene Klage wies das Bezirksverwaltungsgericht als unberechtigt ab und betonte, L. habe, wie seine Äußerungen bewiesen, eine Einstellung zur deutschen Wirtschaftspolitik (!) erkennen lassen, welche die Befürchtung nahelege, daß er sein Gewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen werde. Gegen dieses Urteil legte L. Revision beim Oberverwaltungsgericht ein und suchte nachzuweisen, daß die Befürchtung, er werde sein Gewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen, ungerechtfertigt sei. Er sei 63 Jahre alt. Er habe dem Vaterland gegenüber seine Schuldigkeit getan und jahrelang an der Front gekämpft, und er habe sich auch sonst untadelig geführt. Werde ihm, L., die Legitimationskarte verweigert, so bilde diese Nebenwirkung seiner Verurteilung für ihn ein größeres Uebel als die Bestrafung selbst. Das Oberverwaltungsgericht erkannte aber auf Zurückweisung des von L. erhobenen Rechtsmittels und führte aus, die Vorentscheidung lasse keinen Rechtsirrtum erkennen.«

Das ist ein kleiner Scherenschnitt aus einem x-beliebigen deutschen Druckerzeugnis ganz jenseits jeder Politik, aus dem Blättchen »Der Technische Handel« — »Zentralblatt für technische Bedarfsartikel aller Art«, Hannover. Das Blättchen bringt so

was augenscheinlich zur Warnung seiner eigenen Leser, die in diesem Falle mit »technischen Bedarfsartikeln aller Art« und nicht, wie der arme L. aus Köln, mit Gummiwaren auf die Tour gehen. Es kann ja eben jedem und zu jeder Stunde und an jedem Ort des Dritten Reiches passieren! Und es passiert auch, verlaßt euch darauf, in ein paar hundert Fällen wohl jeden Tag. Nur freilich kräftigt sonst von diesen kleinen Alltagstragödien der Tyrannei kein Hahn. Eine Existenz mehr zerbrochen! Zerbrochen wegen eines Mückenatiches!!! Was liegt schon daran?!

Deutscher Sozialismus: ein Profitgeschäft

Auf der Jahrestagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau in Breslau (Ende Oktober) kam unmittelbar nach dem Generaldirektor Wieselmann auch Dr. Ley zu Wort und sagte:

»Jeder Unternehmer und Betriebsführer müsse aus wirtschaftlichen Gründen der erste Sozialist seines Werkes sein. Das beste Kapital sei nicht das Bankguthaben, auch nicht die Fabrik, die Maschine oder das Bergwerk an sich, sondern der Mensch. Es nütze dem Unternehmer weit mehr als dem Arbeiter, aus wirtschaftlichen Gründen der erste Sozialist zu sein.«

(Wörtlich zitiert aus der »Preussischen Zeitung« Nr. 302.)

Wir wissen nicht, ob das vorangegangene Gastmahl die Zunge des Dr. Ley gelöst hat. Jedenfalls sprach er die reine Wahrheit: der braune Sozialismus ist ein glänzendes kapitalistisches Geschäft.

die kapitalistische Gesellschaft zu zerstören. Man verfolgt, wie aus dem Junghegelianer ein Materialist wird, man erhält ein anschauliches Bild vom geistigen Leben der Opposition im vormärzlichen Deutschland. Und wenn auch Nikolajewski und Maenchen-Helfen bewußt davon absehen, Marx' ökonomische Theorien zu schildern, so sieht man doch deutlich den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitalismus im vorigen Jahrhundert und der Herausbildung einer Theorie, die den unveröhnlichen Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie begründet. Die Auseinandersetzungen mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus eines Proudhon, mit den Verirrungen Lassalles, mit dem Opportunismus der deutschen Partei und der englischen Gewerkschaften sind gleichermaßen lebendig geschildert und gleichermaßen aktuell, wie die Kritik am Sektierertum.

Am deutlichsten wird Marx' überragende Rolle als »Strateg« bei der Darstellung seiner Stellungnahmen zu revolutionären Auseinandersetzungen und den Kriegen seiner Epoche. Wie konkret er die Frage der Bundesgenossen des Proletariats sah und doch auch stets die Grenzen solcher Bündnisse absteckte, wie er in den europäischen Kriegen, leidenschaftlich Partei für die eine Seite ergriff und doch allen Phantasien einer »Freiheitalegion« schroff ablehnend gegenüberstand, wird überall sichtbar.

Menschlich am stärksten packt jenes Kapitel, das die düstersten Jahre des Marx'schen Emigrantenlebens, jener »schlaflosen Nacht des Exils« schildert. Marx, der Jahrzehnte seines Lebens hindurch Emigrant war, und

einer der angefeindeten dazu, wird zum Symbol des politischen Emigranten überhaupt. Fern von allem Gruppen- und Parteilgeiz, scheute er doch — in der Zeit der Ersten Internationale — keine organisatorische Kleinarbeit, mochte sie ihn auch monatelang von seinen wissenschaftlichen Studien abhalten. Ständig mit der wirklichen Klassenbewegung in Verbindung zu bleiben, aber nicht Emigrantenstreitigkeiten mit der wirklichen Klassenbewegung verwechseln, das hat der Emigrant Marx in langen Jahren verstanden. Und schon aus diesem Grund sollte jeder deutsche Sozialist diese neue Biographie lesen.

F. A.

Der Dritte Richard im Dritten Reich

Die »Frankfurter Zeitung« berichtet über ein neuartiges Bühnenbild zu Shakespeares Richard III.:

... Er (der Regisseur) schuf eine gleichbleibende Vorderbühne, indem er rechts und links am Bühnenrand auf der Höhe der ersten Gasse einen kleinen Turm aus klobigen Mauern aufstellen ließ... Schwere eiserne Ketten hingen am Geländer der Plattform, ebenso... als Geländer eines Brückenbogens... der mit gleichen schweren Mauern den Hintergrund bildete, in manchen Szenen so tief zurückgeschoben... in andern Szenen aber unmittelbar hinter den Türmen abgeschlossen wurde, so daß ein Wechsel zwischen weit und nah... möglich war, daß aber immer Ketten und schwere Mauern gegenwärtig blieben und alles Atemholen nur ein

Atemholen im Kerker war... Das ganze Stück spielt im Tower und damals war England der Tower... Wie richtig, für die Hinrichtungen immer das gleiche Szenenbild zu stellen. Was fragt der Zuschauer danach, ob er in Pomfret oder Salisbury ist. Es kommt nur darauf an, daß der Tyrann immer wieder die Menschen würgt, daß England der Tower ist... Da war... Hastings (Röhm?). Fieschig, geduldig, aber nicht zu durchschauen, wie ein Stier. Welche Szene, als der Tyrann, der eben noch gelächelt hatte, wie ein Fallbeil auf ihn niederfiel, ihn zum Tode verurteilte, auf den Tisch schlug, daß die entherzten Lords (»die Reaktionen«) aufsprangen und scheu davongingen. So fiel Hastings... so fiel Buckingham, das grausame, aber spröde und gefährliche Werkzeug des Tyrannen. Inmitten der Ereignisse aber... der Tyrann... Dabei war seine Unruhe so über die denkbaren Dimensionen hinaus entwickelt, daß er nicht rasten konnte, daß er inmitten eines stupenden Aufgebots schauspielerischer Mittel in einer ständigen elektrischen Erregung vibrierte... Aus dem Beifall des Publikums war Genugtuung... herauszuhören.« Das soll bei Beifall öfter vorkommen; warum wird es hier unterstrichen — ?

Vom Kirchenkampf. Der »Katholische Jungmännerverband« der Diözese Münster ist behördlich aufgelöst worden. Alle seine Nebengliederungen sind gleichfalls verboten worden, so die Jungscharen, die Sturmchargen, und die »Pfadfinderschaft St. George«.

Widerstand durch Arbeitsfluktuation

Der Jahresbericht der Reichsanstalt

Mit ziemlicher Verspätung bringt das Reichsarbeitsblatt vom 5. Oktober den Jahresbericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 1936 bis 31. März 1937. Wir brauchen, soweit es sich um die Arbeitsmarkt-Statistik handelt, die neuen Methoden der Zählungen nicht mehr im einzelnen kritisch zu beleuchten, nachdem die Reichsanstalt diesmal ihre anfechtbare Arbeitslosenzählung selbst zugeben anfängt, indem sie schreibt:

»Seit dem 31. März 1933 hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach der Krankenkassenstatistik um rund 5,3 Millionen bis zum 31. März 1937 zugenommen. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 4,38 Millionen zurück.«

Diese »kleine Differenz« von einer Million spricht Bände. Wie viele Tausende von Arbeitslosen werden in dieser Statistik jeweils unsichtbar gemacht, um dann plötzlich in der Beschäftigten-Statistik aufzutauhen. Nun ist seit dem 31. Oktober 1936 eine Gliederung der Arbeitslosen in ganz oder nicht voll »einsatzfähige« Arbeitslose eingeführt worden. Die Zahl dieser nicht mehr »voll einsatzfähigen« Volksgenossen schwankt zwischen Oktober 1936 und März 1937 zwischen 230.000 bis 260.000 und macht durchschnittlich nicht weniger als 20 Prozent aller Erwerbslosen aus. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die »Nicht-voll-Einsatzfähigen« all die »Staatsfeinde« in sich schließen, gegen die P. Himmler entschlossen ist, seine innerdeutsche Kriegsfront zu mobilisieren.

In einer Uebersicht der Arbeitslosigkeit nach Landesarbeitsamtsbezirken fällt auf, daß sich in Ostpreußen die Zahl von 25.000 auf 44.000 erhöht hat, auch Pommern zeigt eine steigende Tendenz. Die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt war am höchsten in Schlesien, Rheinland, Brandenburg und Sachsen. Von den Großstädten hatte Breslau den höchsten Prozentsatz; diese Ergebnisse bestätigen, daß die Grenzbezirke arbeitsmarktpolitisch durch die Kriegsgefahr belastet sind.

Eine Gliederung der Arbeitslosigkeit nach Berufen zeigt das besondere Elend der Angestellten im Dritten Reich. Die kaufmännischen und Büroangestellten hatten am 31. Januar 1933 einen Anteil von 7 Prozent der Gesamtbeschäftigten, er stieg auf 8,7 Prozent am 31. März 1937 und auf 12,2 Prozent am 31. Mai 1937. In der Berufsgruppe »Theater und Musik« ist vom 31. März 1936 bis zum 31. März 1937 eine absolute Steigerung der Arbeitslosigkeit um 9 Prozent eingetreten. In den Arbeiterberufen zeigt das Bekleidungs- und Schuhgewerbe die geringste Abnahme der Erwerbslosigkeit, eine weitere Bestätigung für die Tatsache, daß die Verbrauchsgütererzeugung hinter den Produktionsmittelindustrien zurückgeblieben ist.

Der Rechnungsabluß der Reichsarbeitslosenversicherung übertrifft auf dem Gebiete des Beitragsraubes und Unterstützungsbetruges unsere wiederholt ausgesprochenen schon schlimmen Erwartungen. Der Beitragseingang war 1.538.671.909 RM, der Unterstützungsaufwand 544.800.000 RM. Diese Summe der ausgezahlten Unterstützungen umfaßt neben den Auszahlungen aus der Versicherung auch den Aufwand der Krisenfürsorge. Nach einer Uebersicht (Seite 4 RABl.) waren am 31. März 1937 315.000 Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und 468.000 aus der Krisenfürsorge vorhanden, d. h., daß von der im Abschluß ausgewiesenen Unterstützungssumme nur 40,3 Prozent auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung entfallen, das sind rund 230 Millionen RM Unterstützung. Die beitragspflichtigen Arbeiter und Angestellten haben über

1½ Milliarden RM Beiträge aufgebracht und 230 Millionen RM Arbeitslosenunterstützung bezogen.

Der Rest diente der Finanzierung der Krisenfürsorge, entlastete die von der NSDAP ausgepumpten Gemeinden und füllte die Reichskasse zur Durchführung ihrer Kriegswirtschaftspläne auf. Es ist ein ausgesprochener Skandal, daß den Arbeitern nach wie vor 6½ Prozent vom Lohn abgepreßt werden, um unter dem Titel »Arbeitslosenversicherung« der faschistischen Diktatur einen zins- und amortisationsfreien Zuschuß von 1¼ Milliarden Reichsmark aus Arbeitsgroschen zu verabreichen.

Arbeitsmarkt-Waffe,

Während der Bericht der Reichsanstalt sowohl die Arbeitslosenzahlen, wie das Rechnungswesen der Unterstützungskasse verschleierte, war es den Nazi-Statistikern nicht möglich, die Bewegung am Arbeitsmarkt, d. h. den Arbeitsplatzwechsel, zu verheimlichen. Im Rahmen des Vierjahresplanes hatte bekanntlich General Göring sechs Verordnungen erlassen, die die Freizügigkeit weiter Arbeiterkreise auf-

platzwechsel vielfach vollzieht, ohne von der Statistik der Arbeitsämter erfaßt zu werden.

Die Reichsanstalt hofft mit der verordneten Pflicht zu Veränderungsanzeigen im Arbeitsbuch die tatsächliche Arbeitsfluktuation erfassen zu können. Vorläufig haben die Gewaltmittel des Regimes zur Unterbindung des Arbeitsplatzwechsels bei weitem nicht die gewünschte Wirkung gehabt.

Auch die Statistik über Unterstützte aus Versicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrt

Von 1935 zu 1936 ist die Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Personen um 5,9 Prozent gestiegen. Dagegen wurde die Steinkohlenförderung in der gleichen Zeit um 10,7 Prozent erhöht. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist demnach wesentlich intensiver geworden.

Die Produktion von Personenkraftwagen war im August 1937 um 2,7 Prozent geringer als im gleichen Vorjahrsmonat, und um 10,8 Prozent niedriger als im Juli des Jahres 1937.

Von dem Wert der gesamten baugewerblichen Produktion, der im Jahre 1929 auf 8,3 Milliarden RM geschätzt wurde, entfielen in jenem Jahre 2,9 Milliarden RM oder nahezu 35 Prozent auf den Wohnungsbau. Im Jahre 1936 wurden für etwa 2 Milliarden RM Wohnungen erbaut, und der Anteil am Gesamtwert der baugewerblichen Produktion, der sich auf etwa 9,2 Milliarden RM erhöht hat, betrug nur etwa 21 Prozent.

Bis zum Juli 1937 wurden insgesamt 1419 Kilometer Reichsautobahnen dem Verkehr übergeben. Veranschlagt wurden für den Bau von Reichsautobahnen 1 Milliarde 828 Millionen Reichsmark. Ein Kilometer fertige Reichsautobahn kostet demnach rund 1,3 Millionen RM.

Die Minderwertigen

In einer Sonderbeilage der »Frankfurter Zeitung« ist in einem Artikel über »Die Deutschen, das Bier und die Welte u. a. folgende schöne Stelle zu lesen:

»Dem Deutschen, der im Ausland reist, erstaunt es immer wieder, daß es Völker gibt, die das Bier nicht kennen und selbst dann, wenn sie es kennen, für das Bier keinen Sinn haben... Um solchen Uebelständen abzuhelfen, sind einst nicht wenige deutsche Brauer als Missionare in die Fremde gezogen. In allen Staaten Nordamerikas und Kanadas, in Brasilien, in Ostasien, vielleicht sogar in Indien entstanden Brauereien. Mancher dieser Biederen ist ein reicher Mann geworden, nicht jeder...«

Wenn zahlreiche Völker draußen in der Welt bisher gemeint haben, ohne das deutsche Bier auskommen zu können und in ihrem Weißwein oder Rotwein Getränke zu haben, mit denen sie völlig zufrieden sind, so wird sie die nationalsozialistische Diktatur eines anderen belehren. Sie ist entschlossen, »solchen Uebelständen« abzuhelfen. Vielleicht übernehmen diese Aufgabe die »Kulturattachés«...

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334.VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Gld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pt. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Peng. 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VII 14.697. Rumänien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Wie sie spenden



Der Betriebsführer...

Sieh dir das Bild an, Kamerad, und halt die Augen offen. Da hast du Hitlers neuen Staat von vorn und hinten, Kamerad, und ganz famos getroffen.

Es sitzt der Volksgenosse Scheich vor Ziffern und Papieren, und neben ihm — gleich neben gleich — steht in Zivil das Dritte Reich mit höflichen Manieren.

Sieh dir den Kerl an, Kamerad, er ist famos getroffen. Da hast du Hitlers Zuchthausstaat. Solang der dascht, Kamerad, ist nichts für uns zu hoffen. Heb dir das Bild auf, Kamerad — und halt die Augen offen.



...dann folgt der Schlosser...

(Aus dem »Völkischen Beobachter«.)

Da bist du selbst. Dir geht es schlecht trotz Kraft durch Blumentöpfe. Der dich bewacht, der Schinderknecht mit Ehrenloch und Prügelrecht staut nur, wie er dich schröpft.

Die letzte Mark vom Wochenlohn ist längst nicht mehr zu retten. Der hinter dir beweist dir schon, wofür du schwitzt: für Mord und Hohn und blanke neue Ketten.

heben sollten. Der Arbeitsplatzwechsel zum Zwecke der Lohnverbesserung sollte ein für allemal abgestoppt werden. Es dürfte der für die antifaschistische Bewegung interessanteste Teil des Berichtes sein, in dem der Wechsel aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit und umgekehrt behandelt wird. Die Reichsanstalt spricht nur von der »Bewegung im Arbeitseinsatz«. Die Zahlen aber lassen erkennen, daß es sich um Tausende von Meldungen gehandelt hat, bei denen eine Arbeitslosigkeit nicht vorlag. Vielmehr wird hier in der Statistik über den Arbeitseinsatz die gesamte Fluktuation mit erfaßt, die sich aus dem von den Lohnarbeitern gewollten und durchgeführten Arbeitsplatzwechsel ergibt. Unter den Arbeitssuchenden werden alle die Arbeitskräfte mitgezählt, die bereits bei ihrer Meldung am Arbeitsamt eine neue, besser entlohnte Stellung zum Beginn des folgenden Monats angenommen hatten.

Die Uebersicht ergibt, daß vom März 1933 bis März 1937 die Zahl der Arbeitssuchenden von über 6 Millionen auf rund 1,8 Millionen gesunken ist. Dagegen zeigen die Zahlen über Zugang und Abgang an Arbeitssuchenden im Laufe der Monate und der Jahre seit 1933 keine besonderen Veränderungen. Die Zugänge an Arbeitssuchenden bewegten sich um die Zahl von 8 Millionen, die Abgänge um 9 Millionen im Jahr. Das RABl. bemerkt, daß ein großer Teil der Bewegungsvorgänge im Arbeitseinsatz (d. h. am Arbeitsmarkt) die Arbeitsämter überhaupt nicht berührt, weil der Wechsel von Betrieb zu Betrieb ohne dazwischenliegende Arbeitslosigkeit vor sich geht. Die Statistik der Krankenkassen mit ihrer weit größeren Fluktuation bestätigt, daß sich der Arbeits-

markt innerhalb des Kreises der Arbeitslosenversicherung abspielt, d. h. im Rahmen der kurzfristig Arbeitslosen.

Aus dem Bericht der Reichsanstalt sind keine exakten Ziffern über das Ausmaß des Arbeitsplatzwechsels zu gewinnen, nach einer Schätzung einer sozialpolitischen Nazizeitung soll die Zahl dieser monatlich fluktuierenden Arbeiter etwa eine Million erreichen.

Das Bild der Arbeitsmarkt-bewegung zeigt auf jeden Fall, daß die Energie, mit der sich bereits im Vorjahr vor allem die gelerntten Arbeiter dem unerträglichen Lohndruck entgegenstemmten, nicht erloschen ist. Die Strafordrohungen haben an Schreckhaftigkeit eingebüßt. Die Arbeiter haben trotz Terror die Verwertung ihrer Arbeitskraft als Waffe nicht preisgegeben, diese Statistik ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Widerstandsbewegungen in der Arbeiterschaft. Die Diktatur hat den Arbeitsmarkt aufgehoben, aber die Arbeitsmarkt-bewegung ist geblieben, ein weiteres Zeichen für die Beharrlichkeit und besonnenen Kraft der deutschen Arbeiterschaft.

Der Wirtschaftsaufbau

Nach einer im ersten Oktoberheft von »Wirtschaft und Statistik« gegebenen Uebersicht über die Produktion der bergbäulichen Betriebe im Jahre 1936 war die Steinkohlenförderung in Deutschland im Jahre 1936 noch um 3,2 Prozent niedriger als 1929. Rechnet man noch die Steinkohlenförderung der Saargruben ab, die 1929 auch nicht berücksichtigt waren, ergibt sich eine Minderförderung von mehr als 4 Prozent.